



2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
------	-------------	------	------	------	------	------

Bild: Brigitte Richi

Geschäftsbericht 2007

Sozialdepartement

Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Sozialdepartement

1.	Vorwort	337
2.	Legislaturziele und Jahresschwerpunkte	338
3.	Kennzahlen Sozialdepartement	339
4.	Zentrale Verwaltung, Dienstabteilungen	340
4.1	Zentrale Verwaltung	340
4.1.1	Aufgaben	340
4.1.2	Jahresschwerpunkte	340
4.1.3	Spezifische Kennzahlen	341
4.2	Support Sozialdepartement	341
4.2.1	Aufgaben	341
4.2.2	Jahresschwerpunkte	341
4.2.3	Spezifische Kennzahlen	343
4.3	Laufbahnzentrum	345
4.3.1	Aufgaben	345
4.3.2	Jahresschwerpunkte	345
4.3.3	Spezifische Kennzahlen	346
4.4	Amt für Zusatzleistungen	348
4.4.1	Aufgaben	348
4.4.2	Jahresschwerpunkte	349
4.4.3	Spezifische Kennzahlen	350
4.5	Soziale Dienste	352
4.5.1	Aufgaben	352
4.5.2	Jahresschwerpunkte	352
4.5.3	Spezifische Kennzahlen	354
4.6	Soziale Einrichtungen und Betriebe	361
4.6.1	Aufgaben	361
4.6.2	Jahresschwerpunkte	361
4.6.3	Spezifische Kennzahlen	364
5.	Parlamentarische Vorstösse	368

1. Vorwort



Bild: Bruno Sonderegger

«Die Stadt Zürich ist führend in der Integrationsarbeit. Sie gilt europaweit als Musterbeispiel für den Umgang mit den Gassenfragen einer Grossstadt».

In der Grossstadt Zürich ist die Aufgabe für die Sozialen Dienste enorm: mit knapp 9000 laufenden Fällen in der wirtschaftlichen Hilfe, über 4000 Erwachsenenschutz- und Kinderschutzmassnahmen und 2500 Beratungsfälle der Jugend- und Familienhilfe sind das rund 20 000 Personen, die in irgendeiner Form in einer Beziehung zu unseren Dienstleistungen stehen. Das ist etwa die Dimension einer mittelgrossen Schweizer Stadt.

Die Sozialen Dienste, unterstützt durch die Dienstabteilungen Support und Soziale Einrichtungen und Betriebe, haben in den vergangenen Jahren – wie in anderen Gemeinden, vorab den Städten – ein grosses Fallwachstum auffangen und bewältigen müssen. Dabei ist es gelungen, die Sozialhilfe dynamisch zu halten, d.h. die Sozialhilfe soll keine Sackgasse sein, sondern den Einzelnen aber auch den Familien die Mög-

lichkeit geben, nachhaltig wieder möglichst autonom leben zu können. Das ist ein hoher Anspruch, der aber einzulösen ist. Die Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderates hält in ihrem 2007 verfassten Bericht denn auch fest, dass «die geltenden Abläufe in den Sozialzentren mehrheitlich effizient und gut organisiert sind» und das Modell Zürich «sich zu bewähren scheint».

Die Stadt Zürich ist führend in der Integrationsarbeit. Sie gilt europaweit als Musterbeispiel für den Umgang mit den «Gassenfragen einer Grossstadt». Sie hat sich schweizweit als Innovatorin für berufliche Integration in einen immer anspruchsvolleren Arbeitsmarkt einen Namen gemacht und neue Modelle entwickelt, die in Partnerschaft mit Wirtschaft und Gewerbe zum Tragen kommen. Im Städtevergleich über die Kosten der Sozialhilfe pro Fall und generell besteht Zürich ohne weiteres. Die Zürcher Sozialhilfe ist wirksam, sie greift. Nicht fehlerlos, selbstverständlich, sondern immer verbesserungsfähig, immer auch auf dem politischen und organisatorischen Prüfstand.

Integration ist im städtischen Umfeld entscheidend, sie muss das übergeordnete Ziel bleiben. Viele europäischen Städte beklagen den sozialen Ausschluss von immer mehr Menschen und Gruppen, die in so genannte Parallel-Gesellschaften abdriften, «verloren» gehen, nicht mehr zu holen, anzubinden, zu integrieren sind. Sie lancieren jetzt teure Programme, bis anhin mit mässigem Erfolg. Dank unserer konsequenten Integrationsarbeit sind wir in Zürich in einer bedeutend besseren Situation.

Ich wünsche mir eine selbstbewusste Sozialhilfepolitik. Eine Sozialhilfepolitik, die mehr ist als eine Restgrösse aus den Diskussionen um die grossen sozialen Sicherungssysteme. Die Sozialhilfe hat eigene Themen, eigene Methoden, eigene Ziele und Wirkungen, die schweizweit debattiert werden müssen und zwar realitätsnah und im Hinblick auf die Lebensqualität in den Städten wirksam.

Stadträtin, Monika Stocker
Vorsteherin des Sozialdepartements

2. Legislaturziele und Jahresschwerpunkte

Jugend in Zürich: Freiräume, Arbeit und Sicherheit

Die intensive Zusammenarbeit von Polizei-, Schul- und Sport- und Sozialdepartement wurde unter Leitung der stadträtlichen Delegation auf den verschiedenen Ebenen von Mitarbeitenden fortgesetzt. Da in den gesetzten Themenfeldern «Freiräume», «Arbeit» und «Sicherheit» unterschiedliche fachliche Sichtweisen wichtig sind, wurde besonderer Wert gelegt auf eine interdisziplinäre Arbeitsweise. Das heisst, dass beispielsweise für erfolgreiche Gewaltprävention sowohl Erkenntnisse und Massnahmen der Polizei, der Schule als auch der sozialen Arbeit entscheidend sind.

Freiräume

2007 stand im Fachgremium Jugend das Thema Freiräume im Vordergrund. Dieses von der Delegation des Stadtrates eingesetzte Gremium mit rund 50 Fachleuten lebt von deren unterschiedlichem Erfahrungshorizont. Dies hat sich bei der Entwicklung konkreter Ideen zur Erschliessung von Freiräumen gezeigt, die Ende Januar 2008 der stadträtlichen Delegation zur Beurteilung vorgestellt werden. Die Vorgabe dazu war: Zürich verfügt über viele Innen- und Aussenräume, Einrichtungen für Jugendliche und Fachwissen. Ein immer weiterer Ausbau kann nicht das Thema sein. Die Frage muss daher lauten: Wie könnten die Ressourcen von und für Jugendliche besser oder anders genutzt werden?

Vorbereitet wurde zudem ein Ideenwettbewerb, der im Februar 2008 starten wird. Jugendliche und junge Erwachsene können ihre Ideenskizzen für eigene Projekte und Aktivitäten z. B. in den Bereichen Kultur, Sport und Freizeit einreichen. Eine Jury aus Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die selbst in diesen Bereichen schon etwas auf die Beine gestellt haben, soll die Projekte beurteilen und prämiieren. Für die Umsetzung der besten Ideen werden Mittel bereitgestellt.

Viele Jugendliche halten sich gerne im öffentlichen Raum auf, an Orten, wo etwas los ist wie etwa am See, auf Plätzen, in Parks, aber auch an Orten, die sie ganz spontan zu ihren Treffpunkten erklären. Das geht – wie bei Erwachsenen auch – nicht immer ohne Nutzungskonflikte ab. In solchen Fällen ist das Ziel, mit den Jugendlichen und je nach Situation mit Anwohnerinnen und Anwohnern und andern Beteiligten im Rahmen eines Aushandlungsprozesses einen möglichst für alle Seiten gangbaren Weg für die Lösung des Konfliktes zu finden. Hierzu werden laufend gute und konkrete Beispiele gesammelt, die andernorts in einem ähnlichen Fall weiter helfen können.

Arbeit

Das starke Engagement im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit wurde unvermindert fortgesetzt. Der Fokus liegt nach wie vor auf:

- Erhaltung und Ausbau eines gut diversifizierten Lehrstellenangebots für alle Jugendliche mit ihren unterschiedlichen Neigungen und Fähigkeiten;
- Erhaltung und nötigenfalls Anpassung der schulischen und berufspraktischen Brückenangebote für diejenigen Jugendlichen, die vor dem Eintritt in eine Lehre oder eine weiterführende Schule eine Orientierungszeit benötigen;
- Aufbau von niederschweligen Einstiegsangeboten für Jugendliche, die (noch) nicht in der Lage sind, eine berufliche

oder weitere schulische Ausbildung zu absolvieren und bei denen der Aufbau einer geregelten Tagesstruktur und der Einstieg in eine einfache, praktische Arbeit zunächst im Vordergrund steht.

2007 stand der Aufbau von niederschweligen Angeboten im Zentrum. Denn es hat sich gezeigt, dass auch bei der inzwischen leicht entspannten Lehrstellensituation die schulisch schwächsten Jugendlichen, die zudem häufig mit persönlichen und familiären Problemen belastet sind, kaum eine Chance auf eine Lehrstelle haben. Für sie sind niederschwellige Angebote ein Weg, um in der Arbeitswelt Fuss zu fassen.

Sicherheit

Vor dem Hintergrund von zahlreichen, teilweise sehr ernsthaften Gewalttätigkeiten – vor allem unter Jugendlichen selbst – ist Sip Züri im Pilotprojekt «ZüriCourage» zu Ausgehzeiten an Wochenenden dort unterwegs, wo sich Jugendliche mit Vorliebe aufhalten. Ziel ist es, Gewaltausbrüche, die oft im Zusammenhang mit exzessivem Alkoholkonsum stehen, zu verhindern und bei trotzdem eskalierender Gewalt mit der Polizei zu intervenieren. Zusätzliche Massnahmen, zum Beispiel Meldungen an die Eltern der Jugendlichen und – wenn nötig – an die Vormundschaftsbehörde, sowie gezielte Suchpräventionsaktionen, insbesondere zum Alkoholkonsum, ergänzen die Patrouillenarbeit und die Interventionen bei Gewaltvorfällen.

Missbrauchsbekämpfung in der Sozialhilfe

Basierend auf dem im Januar vom Gemeinderat mit grosser Mehrheit zustimmend zur Kenntnis genommenen Bericht über die Verstärkung der Missbrauchsbekämpfung in der Sozialhilfe wurden die zusätzlichen Instrumente wie das interne Spezialteam in den Sozialen Diensten und das der Sozialbehörde zugeordnete Inspektorat erfolgreich aufgebaut. An der Medienorientierung vom 22. Januar 2008 wird die Arbeit des Inspektorats während der ersten sechs Monate ausführlich dargelegt.

Untersuchung der GPK zur Sozialhilfe

Im Februar begann eine medial angestossene öffentliche Debatte über Missbrauch in der Sozialhilfe. Dazu wurden Fal-lakten benutzt, die aufgrund einer Amtsgeheimnisverletzung nach aussen gelangt sein müssen. Die Vorsteherin des Sozialdepartements erstattete am 15. Februar bei der Staatsanwaltschaft Anzeige gegen Unbekannt. Am 11. April beschloss der Gemeinderat, seine GPK mit der Untersuchung der Prozesse und des Qualitätssicherungssystems sowie allfälliger Missbräuche in der Sozialhilfe zu beauftragen. Die GPK schloss die Untersuchung mit ihrem einstimmig verabschiedeten Bericht datiert vom 13. Dezember ab. Nebst acht zum Teil ausführlichen Empfehlungen zu Verbesserungen in der Sozialhilfepraxis kommt die GPK zusammengefasst zum Schluss, dass

- die Sozialzentren mehrheitlich effizient und gut organisiert seien und das «Modell Sozialzentrum» grundsätzlich funktioniere;
- in den so genannten «Medienfällen» mit Ausnahme des bereits zum Zeitpunkt der Entdeckung von der Vorsteherin des Sozialdepartements bekannt gegeben Falls keine gravierenden Fehler unterlaufen sind und die massgeblichen Richtlinien bei der Fallführung eingehalten wurden.

3. Kennzahlen Sozialdepartement

	2003	2004	2005	2006	2007
Anzahl Mitarbeitende (Festangestellte) Total ¹	1 731	1 751	1 826	1 808	1 835
– davon Frauen	1 137	1 139	1 200	1 196	1 203
– davon Männer	594	612	626	612	632
Anzahl Stellenwerte	1 218.787	1 253.473	1 274.760	1 263.894	1 345.459
Anzahl Kaderpersonal Total ²	280	277	245	219	255
– davon Frauen	137	134	115	116	130
– davon Männer	143	143	130	103	125
Anzahl Lernende Total ³	65	84	91	99	108
– davon Frauen	55	68	78	79	83
– davon Männer	10	16	13	20	25
Mitarbeitende mit Vollzeitstellen (Beschäftigungsgrad 90–100%)					
Total	478	492	499	505	546
Frauen	239	245	251	255	281
Männer	239	247	248	250	265
Anzahl Frauen in %	50,00%	49,80%	50,30%	50,50%	51,47%
Anzahl Männer in %	50,00%	50,20%	49,70%	49,50%	48,53%
Mitarbeitende mit Teilzeitstellen I (Beschäftigungsgrad 50–89%)					
Total	978	972	1 105	1 067	1 060
Frauen	682	672	773	751	737
Männer	296	300	332	316	323
Anzahl Frauen in %	69,73%	69,14%	69,95%	70,38%	69,53%
Anzahl Männer in %	30,27%	30,86%	30,05%	29,62%	30,47%
Anteil Teilzeitstellen II (Beschäftigungsgrad < 50%)					
Total	275	287	222	236	229
Frauen	216	222	176	190	185
Männer	59	65	46	46	44
Anzahl Frauen in %	78,55%	77,35%	79,28%	80,51%	80,79%
Anzahl Männer in %	21,45%	22,65%	20,72%	19,49%	19,21%
Personalaufwand	148 388 477	153 840 638	159 904 788	159 352 193	167 324 787
Sachaufwand	28 909 728	29 748 592	32 021 759	32 519 180	37 951 159
übriger Aufwand	725 212 030	803 602 499	843 943 074	857 447 803	858 375 190
Total	902 510 235	987 191 729	1 035 869 621	1 049 319 176	1 063 651 136
Bruttoinvestitionen	670 000	–	2 000 000	1 319 282	1 469 790

Definitionen:

¹ ohne Lernende und Praktikantinnen/Praktikanten

² Mitarbeitende mit Vorgesetztenfunktion

³ ohne Praktikantinnen/Praktikanten, einschliesslich Pflegeberufe

4. Zentrale Verwaltung, Dienstabteilungen

4.1 Zentrale Verwaltung

4.1.1 Aufgaben

Die Zentrale Verwaltung leistet zur Hauptsache Führungsunterstützung und koordiniert Geschäfte, die von politisch-strategischer Bedeutung sind und den Zuständigkeitsbereich einzelner Dienstabteilungen überschreiten. Dazu gehören insbesondere sämtliche Stadtrats- und Gemeinderatsgeschäfte, übergeordnete Rechts- und Finanzfragen, die Budgetkoordination, das Controlling und die Ausrichtung von Beiträgen an die privaten Leistungsanbieter sowie die Planung der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.

4.1.2 Jahresschwerpunkte

Massnahmenplan Kinderbetreuung

Die Stadt Zürich verfügt heute über das schweizweit beste Angebot in der ausserfamiliären Kinderbetreuung. Trotzdem konnte die Nachfrage nach subventionierten Plätzen noch nicht gedeckt werden. Der Gemeinderat bewilligte deshalb anfangs September eine Erweiterung der subventionierten Plätze auf mittlerweile 1900. Zusätzlich wurden vier lebensraumnahe Anlaufstellen in den Quartieren eröffnet und eine Internetplattform zur Kinderbetreuung gestartet. Im CeCe Areal wurden unter einem Dach ein Eltern- und Kinderzentrum, eine Kindertagesstätte und eine Hausaufgabenhilfe für Kinder eröffnet.

Stiftung Zürich Jobs

Die Ende 2006 neu gegründete Stiftung zur Förderung innovativer Projekte in der Arbeitsintegration tagte vier Mal. Sie konnte 480 000 Franken als Starthilfebeiträge und zinslose Darlehen an drei private Trägerschaften von Sozialfirmen ausrichten.

Start des Sozialinspektorats

Der Gemeinderat stimmte am 24. Januar mit 91 zu 4 Stimmen dem Bericht zur Verstärkung der Missbrauchsbekämpfung in der Sozialhilfe zu. Darauf basierend nahm am 1. Juli das Inspektorat seine Tätigkeit auf. Es ermittelt im Auftrag der Sozialbehörde begründete Verdachtsfälle von missbräulichem

Bezug der Sozialhilfe. Zu untersuchen gilt es nicht deklarierte Einkommen, falsche Angaben zur Personenzahl im Haushalt oder nicht deklarierte Fahrzeuge. Jeder Ermittlungsauftrag wird durch die Fallführenden in den Sozialzentren beantragt und durch die Einzelfallkommission der Sozialbehörde einzeln geprüft und freigegeben. Das Inspektorat kommt dann zum Zuge, wenn die herkömmlichen Mittel zur Missbrauchsbekämpfung in den Sozialzentren nicht mehr reichen, um einen Verdachtsfall zu klären.

Im ersten halben Jahr gingen 100 Ermittlungsaufträge beim Inspektorat ein, wovon 29 abgeschlossen werden konnten. In 21 Fällen konnte eine missbräuchliche Verwendung von Sozialhilfe mit einer geschätzten Schadenssumme von rund 860 000 Franken nachgewiesen werden.

Asyl-Organisation Zürich – AOZ: Geschäftsstelle des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat führte fünf ordentliche Sitzungen durch. Nebst den üblichen Jahresgeschäften (Abnahme der Vorjahresrechnung, Genehmigung des neuen Budgets zuhanden des Stadtrates bzw. des Gemeinderates, Abschluss der aktuellen Leistungsvereinbarung mit dem Sozialdepartement, Wahl von Regula Manz zur neuen Vizedirektorin) verfolgte der Verwaltungsrat sehr intensiv die Weiterentwicklung des gesamten Betriebs, dies mit besonderem Fokus auf das Personal und die Aufträge von Kanton und Gemeinden.

Der Verwaltungsrat setzte sich vertieft mit den migrationspolitischen Entscheiden auf Bundes- und Kantonsebene und ihren praktischen Konsequenzen für die Aufgabengestaltung der AOZ auseinander. In drei mehrstündigen Workshops mit externen Fachleuten aus anderen Städten und Kantonen sowie aus der AOZ selbst diskutierte der Verwaltungsrat zudem folgende zentrale Themen: «Neue Wege in der Arbeitsintegration von erwerbslosen Personen mit Migrationshintergrund»; «Fachliche Beratung und soziale Integration von Personen ohne geregelten Aufenthalt»; «Neuausrichtung der Asylbetreuung aufgrund neuer Gesetzgebung» (AuG, AsylG inkl. VO). Am 3. Oktober wählte der Stadtrat Prof. Dr. Janine Dahinden, eine Wissenschaftlerin im Bereich Migration, neu in den Verwaltungsrat; sie ersetzt Prof. Dr. Sandra Lavenex, die aus beruflichen und privaten Gründen ihren Rücktritt erklärt hatte.

4.1.3 Spezifische Kennzahlen

Kontraktmanagement

	2003	2004	2005	2006	2007
Organisationen mit einem Kontrakt	161	153	156	171	200
– davon Krippen	91	83	91	100	104
Kontrakte	213	208	214	247	291
– davon Krippen	112	106	112	131	147
Gesamtsumme Subventionen Fr.	43 582 490.35	45 640 015.25	46 120 427.65	55 450 432.70	62 869 788.55
Raumkosten* ab 2004 Fr.	–	7 974 126.00	8 043 990.00	8 166 447.00	8 334 393.40
Subventionen inkl. Raumkosten* Fr.	43 582 490.35	53 584 141.25	54 164 417.65	63 616 879.70	71 204 182.25
Soziale Integration Fr.	4 033 330.25	4 513 415.80	7 136 415.70	12 729 654.40	14 820 468.50
Soziale Sicherung Fr.	520 000.00	599 532.00	598 108.90	605 050.00	602 800.00
Berufliche Integration Fr.	278 915.00	278 914.75	938 225.00	1 552 805.00	1 617 000.00
Frühbereich Fr.	23 648 805.60	25 343 607.30	25 618 863.25	25 645 768.25	31 152 029.85
Soziokultur Fr.	15 101 439.50	14 874 545.40	14 829 193.80	14 917 155.05	14 677 490.50
Total Fr.	43 582 490.35	45 640 015.25	46 120 427.65	55 450 432.70	62 869 788.85

* Von der IMMO direkt dem Sozialdepartement belastete Mietkosten für Immobilienbenützung privater Institutionen.

4.2 Support Sozialdepartement

4.2.1 Aufgaben

Support Sozialdepartement (SDS) unterstützt die rund 1700 Mitarbeitenden der Zentralen Verwaltung (ZV) sowie der Dienstabteilungen Soziale Dienste (SOD), Soziale Einrichtungen und Betriebe (SEB) und SDS selbst mit Dienstleistungen in den Bereichen Personal, Finanzen, Informatik, Recht, Controlling und Infrastruktur. Dank weit gehender Standardisierung können die Supportdienstleistungen effizient, effektiv und wirtschaftlich gestaltet werden.

4.2.2 Jahresschwerpunkte

Projekt Fallmanagement

Im September 2006 bewilligte der Stadtrat die Umsetzung des Projekts «Fallmanagement Modell Zürich». Mit diesem Projekt wird eine Informatik-Lösung für die Unterstützung der Fallführung und der Klientenbuchhaltung eingeführt. Die Lösung besteht aus zwei Teilen: Die Anwendung KiSS (Klienteninformations-System für die Sozialarbeit) unterstützt die Fallführung in den Sozialzentren, die Anwendung SAP die Finanzprozesse in der Klientenbuchhaltung. Mit diesem neuen

System können drei Fallführungs- und zwei Buchhaltungs-Anwendungen abgelöst werden.

Die Standard-Anwendungen KiSS und SAP wurden für die Stadt Zürich parametrisiert und wo notwendig erweitert. Eine besondere Herausforderung war die Übernahme der Daten aus den unterschiedlichen Systemen in das neue System.

Ab 1. Januar 2008 steht ein grosser Teil der Funktionalitäten des Fallmanagement-Systems zur Verfügung. Die finanzrelevanten Prozesse für die wirtschaftliche Hilfe und das Alimenwesen werden auf 1. April 2008 eingeführt.

ERPplus

In der städtischen und in der departementalen Projektorganisation haben Mitarbeitende von SDS an der Definition und Umsetzung der Anforderungen des Sozialdepartements mitgewirkt. Wesentliche Aufgaben waren die Festlegung der Organisationsstrukturen und die Überführung der Stellenpläne in die Planstellen für das Teilprojekt HRplus sowie die Analyse und Aktualisierung der Schnittstellen zu anderen Informatikanwendungen im Teilprojekt FRWplus. Rund 50 Personal-, Finanz-, IT- und Controlling-Fachleute wurden in der Bedienung der unterschiedlichen SAP-Anwendungen geschult.

Projekt ITAS

Im Projekt ITAS (IT-Arbeitsplatz Sozialdepartement) wurden in den Dienstabteilungen SOD, SEB, SDS und der ZV des SD rund 1500 alte PC durch neue Informatik-Arbeitsplätze ersetzt. Der Rollout der neuen IT-Arbeitsplätze erfolgte termingerecht bis Mitte Juli. An den grossen Standorten wurde der Austausch der Geräte an Wochenenden durchgeführt, um die Beeinträchtigung der AnwenderInnen möglichst gering zu halten. Nach dem Rollout standen «Flying Teachers» bereit, um den AnwenderInnen über die ersten Hürden hinweg zu helfen. Den AnwenderInnen im SD steht heute ein leistungsfähiger IT-Arbeitsplatz zur Verfügung. Durch die weitgehende Standardisierung gelang es, die Betriebskosten zu senken und die hohen Anforderungen der Informationssicherheit zu erfüllen.

Im Projekt wurde auf die Energieeffizienz grosser Wert gelegt: Für rund 90% der AnwenderInnen sind heute so genannte Thin-Clients im Einsatz. Diese Geräte sind kleiner als herkömmliche PCs, geräuschlos, und sie benötigen rund 50% weniger Strom. Für das SD kann so zusammen mit weiteren Massnahmen eine Reduktion des jährlichen Stromverbrauchs um 500 000 kWh erzielt werden (entspricht dem durchschnittlichen Stromverbrauch von ca. 200 3-Personen-Haushalten).

Kaufmännische Berufsbildung

Eine Berufslehre im kaufmännischen Bereich zählt für Jugendliche in der Schweiz immer noch zum beliebtesten Ein-

stieg ins Berufsleben. Das Sozialdepartement engagiert sich seit 1999 für die kaufmännische Berufslehre und ermöglichte damals 20 Jugendlichen den Lehrbeginn. Wegen des Lehrstellenmangels in den folgenden Jahren wurde das Angebot schnell erhöht. Heute sind es 50 Lehrstellen. Dieser Ausbau war möglich dank Bereitstellung neuer Ausbildungsplätze bei gleichzeitig grossem Engagement der heute rund 90 ausgebildeten BerufsbildnerInnen aus den verschiedenen Abteilungen des Sozialdepartements.

Die Berufsbildung KV in SDS koordiniert und begleitet die Betreuung und die Aufgaben für die Ausbildungsplätze in den Dienstabteilungen. Die Berufsbildung KV sorgt für eine aktuelle Aus- und Weiterbildung der BerufsbildnerInnen und pflegt den Kontakt zu Eltern, Berufsfachschule und Branchenverband.

Bei der Vergabe der Lehrstellen stehen im Sozialdepartement die Chancengleichheit und die soziale Verantwortung im Vordergrund. Es werden auch BewerberInnen ausländischer Herkunft aufgenommen und – bei entsprechender Motivation und Leistungsbereitschaft – auch schulisch Schwächere berücksichtigt. Der Anteil ausländischer Lernender beträgt heute rund die Hälfte und derjenige der schulisch Schwächeren rund ein Drittel am Gesamttotal aller Lernenden. Sämtliche Lernende sind in der Stadt Zürich wohnhaft. 2007 gingen 18 Lernende an die Lehrabschlussprüfung, alle bestanden die Prüfung.

4.2.3 Spezifische Kennzahlen

Die Struktur der Kennzahlen wurde erstmals für 2006 festgelegt, so dass für frühere Jahre nicht alle Kennzahlen vorliegen.

Personal

	2003	2004	2005	2006	2007
Anstellungen ¹	–	–	–	415	497
Interne Schulungen ²	–	61	58	105	362
Auszubildende KV (Stichtag 31. Dezember 2006)	40	45	48	50	50
Mitarbeitende im Zuständigkeitsbereich ³ (Stichtag 31. Dezember 2006)	–	877	1 718	1 740	1 741

Definitionen:

¹ Anzahl neu besetzter, befristeter oder unbefristeter Teilzeit- und Vollzeitstellen, Praktika und Ausbildungsplätze durch interne oder externe BewerberInnen (inkl. Übertritte, ohne Auszubildende KV)

² Anzahl durchgeführter Schulungsmodule, unabhängig von ihrer Dauer

³ Anzahl Mitarbeitende in aktiver, fester oder befristeter Vollzeit- und Teilzeitanstellung im Stunden- oder Monatslohn (mit PraktikantInnen und Auszubildenden, ohne Auszubildende KV und ohne Einsatzplätze der Arbeitsintegration)

Finanzen

	2003	2004	2005	2006	2007
Kreditoren-/Debitorenzahlungen ¹ Fr.	–	–	–	706 790	685 147
Steuererklärungen für Klientinnen und Klienten mit vormundschaftlichen Massnahmen	2 345	2 530	2 639	2 809	2 842
Vermögensabrechnungen für KlientInnen mit vormundschaftlichen Massnahmen	1 665	1 573	1 373	1 492	1 404
Inkassofälle für Rückerstattungen Sozialhilfe und Elternbeiträge	–	–	–	493	643

Definitionen:

¹ Zahlungen Rechnungsjahr 2006

Informatik

	2003	2004	2005	2006	2007
Bearbeitete Störungsmeldungen ¹	–	–	–	6 973	8 348
Gewartete Informatik-Arbeitsplätze (Stichtag 31.12.2006)	–	–	–	1 642	1 713
Gewartete Informatik-Fachapplikationen	–	–	–	64	67
Informatik-Projekte und Applikationserweiterungen (Stichtag 31. Dezember 2006)	–	–	–	79	59

Definitionen:

¹ Anzahl der vom Helpdesk an die SupportspezialistInnen weitergeleiteten Tickets. 2006: Hochrechnung, basierend auf Zahlen von Juni bis Dezember.

Controlling und Infrastruktur

	2003	2004	2005	2006	2007
Betreuungsverhältnisse in Krippen ¹ (Stichtag 31. Dezember 2006)	–	–	–	3083	3401
Administrativ betreute Teilnehmende der Arbeitsintegration SEB	–	–	–	2613	2330
Bewirtschaftete Arbeitsplätze im VZ Werd (Stichtag 31. Dezember 2006)	–	–	–	330	348

Definitionen:

¹ Gesamtzahl der Kinder in privaten subventionierten und städtischen Krippen, die am Stichtag eine gültige Elternbeitragsvereinbarung haben.

Recht

	2003	2004	2005	2006	2007
Vertretungen von Klientinnen und Klienten ohne vormundschaftliche Massnahme	–	–	–	370	333
Vaterschafts-/Unterhaltsregelungen	–	–	–	114	115
Beratungsbesuche in Quartierteams der SOD	–	–	–	180	91

4.3 Laufbahnzentrum

4.3.1 Aufgaben

Die Dienstleistungen des Laufbahnzentrums (LBZ) sind ein Bündel ineinander verzahnter Angebote, die alle zum Ziel haben, die erste Berufswahl und später die berufliche Entwicklung zu fördern. Hauptaufgabe ist dabei die Unterstützung und Begleitung von Menschen in beruflichen Übergängen. Ein klassischer Übergang ist die erste Berufswahl am Ende der obligatorischen Schulpflicht, weitere Übergänge folgen im Verlauf der beruflichen Entwicklung. Auch hier sind wieder berufsberaterische Dienstleistungen erforderlich.

Im LBZ werden drei Dienstleistungsbereiche unterschieden:

- Berufswahlvorbereitung, Berufs- und Laufbahnberatung;
- Berufsinformationen;
- Realisierungsunterstützung wie Lehrstelleninformation und Lehrstellenvermittlung, Brücken- und Lehrstellenangebote sowie Ausbildungsfinanzierung.

4.3.2 Jahresschwerpunkte

Jugendlichenberatung

Die Zahl der gemeldeten Lehrstellen hat erneut zugenommen. Dies ist in Beleg dafür, dass die Wirtschaft nach wie vor bereit ist, in die berufliche Grundbildung zu investieren. Gleichzeitig erreichte aber auch die Zahl der Schulabgänger und insbesondere die Zahl der Jugendlichen aus Brückenangeboten und Zwischenlösungen einen Höchststand, sodass sich die Lehrstellensituation noch nicht wesentlich entschärfte.

In dieser Situation ist die Zusammenarbeit zwischen Schule und Berufsberatung von grosser Bedeutung. 854 Präsenzen von Berufsberatenden in den Schulhäusern und 162 Klassenbesprechungen im Berufsinformationszentrum (BIZ) sind Indikatoren dieser Zusammenarbeit. Dabei spielt der Einbezug der Eltern eine wichtige Rolle. Dieser geschieht nicht nur in Elternveranstaltungen, die meistens im BIZ stattfinden, sondern auch durch Einbezug der Eltern in der persönlichen Beratung.

Berufsinformation

Die Internetseite des LBZ ist mit über 150 000 Besuchenden sehr stark frequentiert. Ein Teil von schätzungsweise 15–20 % der Besuchenden interessierte sich dabei für berufskundlichen Informationen. Auch die schweizerische Dienstleistung auf www.berufsberatung.ch erfährt steigende elektronische

Besuche. Trotzdem sind die Informationsdienstleistungen des BIZ nach wie vor sehr nützlich. Zum einen ist der Medienlink zwischen elektronischen Informationen und aufgearbeiteten Printmedien von Bedeutung, zum andern spielt die Ergänzung von Selbstinformation und Auskünfte durch Fachleute eine wichtige Rolle. Darüber hinaus wurden im BIZ 1768 Kurzberatungen durchgeführt.

Realisierungsunterstützung

In der angespannten Lehrstellensituation ist es besonders erwünscht, dass die angebotenen Lehrstellen vollständig besetzt werden können. Das war in der Stadt Zürich wiederum der Fall. Die Anzahl der nicht besetzten Lehrstellen bewegt sich im Promillebereich.

Das LBZ hat sich wieder intensiv bemüht, dass nach der Schule keine Jugendlichen ohne Anschlusslösung sind. Wer im Frühjahr noch keine Lehrstelle oder keinen Platz in einem Brückenangebot hatte, konnte in so genannten SOS-Beratungen noch einmal gezielt unterstützt werden. Auch die Veranstaltungen «Keine Lehrstelle, was tun?» mit 723 Besuchenden und die letzte Auffangmöglichkeit nach Schulabschluss «Last Call» mit 51 Besuchenden sind bedeutende Auffangnetze.



Einblick in «Last Call». 51 Jugendliche ohne Anschlusslösung besuchten am 20. September das BIZ und erarbeiteten ad hoc eine Lösung in Form eines Brückenangebots, einer Lehrstelle oder eines Praktikums. (Bild: Susi Lindig)

Das LBZ begleitet auch den so genannten Übergang II, den Schritt nach der Berufslehre in die Berufspraxis. Das LBZ hat ein Lehrmittel mit dem Titel «übergang_2» erarbeitet, das für die Laufbahnplanung für Lernende an Berufsfachschulen eingesetzt wird. 39 Seminare wurden in Zusammenarbeit mit den Berufsschulen durchgeführt.

4.3.3 Spezifische Kennzahlen

Berufs- und Laufbahnberatungen

	2003	2004	2005	2006	2007
Jugendliche unter 18 Jahren	2 633	2 696	2 693	2 304	2 012
Erwachsene über 18 Jahren	3 873	4 014	3 181	2 907	2 462
– davon RAV-Fälle	1 268	1 287	915	695	551
Total Einzelberatung	6 506	6 710	5 874	5 211	4 474*

* ohne Lehrstellencoaching und Stipendienberatung – siehe Tabelle Lehrstelleninformation

Altersverteilung Einzelberatung

	2003	2004	2005	2006	2007
bis 15 Jahre	1 574	1 596	1 618	1 542	1 456
16–17 Jahre	1 059	1 100	1 075	762	556
18–19 Jahre	372	435	398	321	248
20–24 Jahre	852	879	682	600	469
25–29 Jahre	780	805	600	574	424
30–39 Jahre	1 214	1 186	898	814	742
40–49 Jahre	511	539	450	454	428
50 und mehr Jahre	144	170	153	144	151
Total	6 506	6 710	5 874	5 211	4 474

Berufswahlvorbereitung und Informationsveranstaltungen

	2003	2004	2005	2006	2007
Klassenbesprechungen	243	227	253	247	197
– im Berufsinformationszentrum BIZ	143	122	134	156	162
– in Schulhäusern	100	105	119	91	35
Schulhaussprechstunden					
– Stundenaufwand	1 847 h	2 020 h	1 987 h	2 406 h	2 874 h
– Präsenzen	707	747	700	766	854
Veranstaltungen für Eltern	106	87	87	98	112

Kommentar

Die Anzahl der Beratungen ist stabil geblieben. Der hier ersichtliche Rückgang entsteht dadurch, dass die Beratungen in der Lehrstellenvermittlung und Stipendien neu separat ausgewiesen werden (*).

Die Klassenbesprechungen im BIZ erreichten einen Höchststand. Klassenbesprechungen im Schulhaus gingen zugunsten von Schulhaussprechstunden zurück (857 Sprechstunden von durchschnittlich 3,4 Stunden Dauer).

Berufsinformationszentrum BIZ

	2003	2004	2005	2006	2007
BesucherInnen, die sich selbst informieren	15 737	13 931	12 884	10 392	10 562
BesucherInnen in Begleitung eines Beraters/einer Beraterin	4 573	4 751	3 563	3 032	3 543
Besuche in Gruppen oder Schulklassen	4 200	3 700	3 940	4 560	5 080
Telefonische Auskünfte	1 854	1 754	1 728	1 357	1 361
Interne Informationen an BerufsberaterInnen	877	955	838	1 336	1 422
Schriftliche Auskünfte (inkl. Online-Auskünfte und Kurzberatungen)	688	433	325	1 527	1 696
Total der Auskunftleistungen	27 929	25 524	23 278	22 204	23 664

Brücken- und Lehrstellenangebote (Stichtag 31. Dezember 2007)

	2003	2004	2005	2006	2007
Personen im Motivationssemester JOB PLUS (Teilnehmende)	66	122	176	183	184
Personen JOB PLUS Futura (Teilnehmende)	–	–	–	3	5
Berufslehr-Verbund Zürich BVZ Anzahl Lernende	24	23	36	84	129

Kommentar

JOB PLUS FUTURA wird nicht über das AWA finanziert, sondern über die zuweisende Instanz. Das Programm befindet sich in der Anfangsphase.

Der Berufslehrverbund befindet sich in der Schlussphase seines kontinuierlichen Ausbaus.

Lehrstelleninformation/-vermittlung

	2003	2004	2005	2006	2007
Gemeldete Lehr- und Anlehrstellen	3 448	3 281	3 492	3 581	3 969
Abgegebene Lehrstellenlisten (LENA)	48 531	57 281	35 158	26 921	20 955
Telefonische Bestellungen für Lehrstellennachweis (LENA)	1 200	800	825	506	450
BesucherInnen Lehrstelleninfo	10 316	9 929	8 643	6 788	5 938
Telefonische Kontakte mit Lehrbetrieben	8 020	8 912	8 362	8 388	8 463
Lehrstellencoaching	–	–	–	–	490*
Stipendienberatung	–	–	–	–	153*

* (wurden vor 2007 den Beratungen – Tabelle 1 – subsumiert)

Kommentar

Die Lehrstellenkontakte und die Verarbeitung der gemeldeten Lehrstellen verzeichnen Rekordzahlen. Die Lehrstellen wer-

den aber vermehrt per Internet abgefragt, sodass die Zahl der Besuche in der Lehrstelleninfo, aber auch die telefonischen Bestellungen von Lehrstelladressen zurückgingen.

Ausbildungsfinanzierung

Ausbildungsbeiträge nach Fonds	2003	2004	2005	2006	2007
Städtische Stipendien Fr.	995 700	1 010 500	1 028 150	1 138 750	1 566 970
StadtbürgerInnenfonds Fr.	63 100	74 700	35 500	57 700	35 100
Ausbildungsdarlehen Fr.	10 000	–	–	10 000	–
Private Stipendienstiftungen Fr.	652 035	705 930	816 410	738 711	840 500
Total Fr.	1 720 835	1 791 130	1 880 060	1 945 161	2 442 570

Kommentar

Die Zahl der Stipendiengesuche hat zugenommen, insbesondere diejenige der Brückenangebote (10. Schuljahre) und der Fachhochschulen.

4.4 Amt für Zusatzleistungen

4.4.1 Aufgaben

Die Hauptaufgabe des Amtes für Zusatzleistungen zur AHV/IV (AZL) besteht darin, einkommensschwachen Zürcher AHV- und IV-RentnerInnen eine angemessene materielle Existenz zu garantieren bzw. ihnen mittels Zusatzleistungen die selb-

ständige Bezahlung ungedeckter Heimkosten zu ermöglichen. Zudem können bestimmte Krankheits- und Behindernungskosten vergütet werden. Für die Aufgabenerfüllung stehen dem AZL Ergänzungsleistungen, kantonale Beihilfen, jährliche Gemeindegzuschüsse, Pflegekostenzuschüsse, ausserordentliche Gemeindegzuschüsse sowie Einmalzulagen zur Verfügung. Sämtliche Leistungsarten sind an die Erfüllung bestimmter Anspruchsvoraussetzungen geknüpft.

4.4.2 Jahresschwerpunkte

Reorganisationsprojekt «AZL 2007»

Ein Projekt hat Leitung und Mitarbeitende des AZL ganz besonders in Anspruch genommen: Unter dem Titel «AZL 2007» hat das Amt Mitte 2006 ein umfassendes Reorganisationsprojekt in Angriff genommen, das praktisch genau ein Jahr später in die Praxis umgesetzt werden konnte. Bis Juli 2007 richteten sich die Abteilungszuständigkeiten im AZL nach der Rentenart (AHV- oder IV-Rente) und der Wohnform (Wohnung oder Heim). Heute sind alle Fachabteilungen sowohl für AHV- als auch für IV-RentnerInnen zuständig, unabhängig davon, ob sie zu Hause oder in einem Heim wohnen. Die konkrete Fallzuständigkeit ergibt sich einzig aus den Anfangsbuchstaben der Namen der rentenberechtigten Personen, was den Zugang für die RentnerInnen bzw. ihre Angehörigen, aber auch für andere Institutionen, klar vereinfacht.

Das AZL hat sich seit 1990 – der letzten umfassenden Reorganisation – laufend den sich immer wieder verändernden Rahmenbedingungen angepasst. Dabei waren die Umwälzungen bei der Invalidenversicherung wesentlich grösser als im Altersbereich: So haben beispielsweise die Fallzahlen der zusatzleistungsberechtigten IV-RentnerInnen gegenüber 1990 um Faktor 2,5 zugenommen, während die Anzahl Fälle bei den AHV-RentnerInnen ganz leicht gesunken ist. Auch in der Gesetzgebung war die Dynamik im IV-Bereich wesentlich grösser als im Altersbereich. Dies dürfte auch künftig so bleiben. Diese ungleichen Entwicklungen haben sich zwangsläufig auch auf das AZL ausgewirkt und machten immer wieder einen personellen und organisatorischen Nachvollzug notwendig.

Eine der Hauptzielsetzungen von «AZL 2007» war es denn auch, das Problem der unterschiedlichen Entwicklungen in den Fachabteilungen nachhaltig zu lösen. Zudem sollten im Rahmen des Reorganisationsprozesses Instrumente geschaffen werden, die einerseits das AZL als Organisation bei der Bewältigung der künftigen fachlichen Herausforderungen stärken und andererseits die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten der Mitarbeitenden unterstützen.

Um den komplexen Auftrag autonom zu bewältigen und ausserdem einen möglichst breiten Einbezug der Betroffenen aller Hierarchiestufen zu gewährleisten, wurde «AZL 2007» in fünf Teilprojekte gegliedert. Jedem Teilprojekt gehörten Vorgesetzte und Mitarbeitende der verschiedenen Fachabteilungen an. Die Teilprojektteams hatten die Aufgabe, innert eines Jahres die organisatorischen, fachlichen, personellen und infrastrukturellen Voraussetzungen für die weitgehende Veränderung zu schaffen.

Das **Teilprojekt Organisationsstruktur** war beauftragt, Modelle zu erarbeiten, welche die unterschiedlichen Entwicklungen und Belastungen in den Fachabteilungen nachhaltig ausglei-

chen. Heute nehmen – mit unverändertem Personalbestand – vier statt drei Fachabteilungen die Kernaufgabe des AZL wahr. Alle vier Abteilungen bearbeiten grundsätzlich alle Kundensegmente, sind aber zusätzlich für je einen eigenen fachlichen Schwerpunkt verantwortlich.

Das **Teilprojekt Befähigung für die Überführung/Schulung** hatte die Aufgabe, die Vorgesetzten und Mitarbeitenden der drei bisherigen Fachabteilungen, die im Rahmen ihrer bisherigen Rentensegmente teilweise unterschiedliches Know-how benötigten, auf einen möglichst einheitlichen Wissenstand zu bringen. Zu diesem Zweck waren möglichst auf die individuellen Bedürfnisse zugeschnittene theoretische, aber auch praktische Schulungen vorzubereiten und durchzuführen.

Die teilweise unterschiedlichen Aufgabenstellungen der verschiedenen Fachabteilungen hatten in der Vergangenheit zu von einander abweichenden Praxen geführt. Das **Teilprojekt Harmonisierung** analysierte die bestehenden Abläufe und Prozesse der Fallbearbeitung (ausserhalb der EDV-Fallapplikation) und machte Vorschläge zur Harmonisierung bzw. Vereinheitlichung. Anschliessend passte das Teilprojektteam die bestehenden Arbeitsmittel an oder erarbeitete neue, wo nötig.

Das **Teilprojekt Wissensmanagement** hatte den Auftrag, den Mitarbeitenden das Fachwissen für ihre tägliche Arbeit übersichtlich und rasch auffindbar sowie aktuell und gebrauchsfreundlich aufzubereiten. Als Wissensplattform wurde ein Intranetmandant im Rahmen der städtischen Content-Management-Infrastruktur aufgebaut. Dieses Teilprojekt konnte natürlich im Rahmen von «AZL 2007» nicht abgeschlossen werden – im Gegenteil: Der bewussten und systematischen Auseinandersetzung mit der Ressource «Wissen» wird künftig noch grössere Bedeutung zukommen.

Das **Teilprojekt Infrastruktur** bereitete den internen Umzug vor. Da rund zwei Drittel der Mitarbeitenden die Abteilung oder das Team wechselten, war dies eine logistisch hoch anspruchsvolle Aufgabe, da nicht nur Büros, Mobiliar und Personen «verschoben» werden mussten, sondern auch über 16'000 Aktendossiers. Zudem musste während der ganzen Phase der Betrieb aufrecht erhalten bleiben.

Dank der grossen Einsatzbereitschaft aller Mitarbeitenden ist «AZL 2007» wie geplant seit dem 1. Juli produktiv. Die Erfahrungen nach dem ersten halben Jahr sind sowohl für die RentnerInnen als auch für die Organisation durchaus positiv. Andererseits ist klar, dass auch bei seriöser und umsichtiger Vorbereitung eines so umfassenden Reformationsprozesses in der Folge Konsolidierungsarbeiten notwendig sind. Für 2008 sind denn auch in verschiedenen Bereichen Weiterentwicklungen und Nachjustierungen vorgesehen.

4.4.3 Spezifische Kennzahlen

Aufwendungen und Erträge

(in Fr.)	2003	2004	2005	2006	2007
Ergänzungsleistungen					
jährliche Ergänzungsleistungen (monatlich ausbezahlt)	242 196 387	267 901 179	277 843 254	285 071 395	287 552 316
Krankheits- und Behindernungskosten	13 736 326	14 958 085	17 367 701	19 296 643	18 931 992
Beihilfen (monatlich ausbezahlt)	29 534 569	29 575 228	29 805 916	30 188 866	29 766 340
Gemeindezuschüsse					
jährliche Gemeindezuschüsse (monatlich ausbezahlt)	37 289 611	38 676 161	38 765 957	38 918 783	38 085 419
Pflegekostenzuschüsse	3 739 898	4 970 356	5 941 669	10 999 448	11 029 999
ausserordentliche Gemeindezuschüsse	193 815	165 376	150 803	169 291	176 931
Einmalzulagen	3 511 975	3 549 950	3 556 550	3 976 500	3 954 310
Total Aufwendungen	330 202 581	359 796 335	373 431 850	388 620 926	389 497 307
Bundesbeiträge	19 575 787	21 221 793	22 193 315	22 360 640	22 780 749
Staatsbeiträge	80 235 035	81 460 923	84 894 374	86 335 340	87 879 842
Prämienverbilligung	54 412 838	67 537 791	69 948 704	73 870 566	74 345 906
Rückerstattungen	15 241 895	14 144 604	14 326 376	15 896 334	12 662 801
Total Erträge	169 465 555	184 365 111	191 362 769	198 462 880	197 669 298
Nettobelastung Stadt	160 737 026	175 431 224	182 069 081	190 158 046	191 828 009

Laufende Fälle (Stichtag im Dezember)

	2003	2004	2005	2006	2007
AHV-RentnerInnen inkl. Hinterlassene in Wohnungen	6 617	6 670	6 736	6 812	6 891
AHV-RentnerInnen inkl. Hinterlassene in Heimen	3 295	3 431	3 323	3 375	3 175
IV-RentnerInnen in Wohnungen	3 868	4 161	4 504	4 653	4 696
IV-RentnerInnen in Heimen	1 289	1 300	1 368	1 363	1 389
Total	15 069	15 562	15 931	16 203	16 151

Durchschnittliche Zusatzleistung (im Dezember)

(in Fr. pro Fall)	2003	2004	2005	2006	2007
AHV-RentnerInnen inkl. Hinterlassene in Wohnungen	1 182	1 245	1 256	1 288	1 292
AHV-RentnerInnen inkl. Hinterlassene in Heimen	2 133	2 306	2 283	2 316	2 389
IV-RentnerInnen in Wohnungen	1 412	1 452	1 453	1 460	1 483
IV-RentnerInnen in Heimen	2 606	2 768	2 839	2 882	2 908

Durchschnittlicher Pflegekostenzuschuss (im Dezember)

(in Fr. pro Fall)	2003	2004	2005	2006	2007
AHV-RentnerInnen in Heimen	916	983	985	1 011	921
IV-RentnerInnen in Heimen	795	834	836	880	899

Diverse Indikatoren

	2003	2004	2005	2006	2007
Verfügungen im Rahmen von Neu- und Wiederanmeldungen	2 954	3 160	3 206	2 859	2 708
Periodische Überprüfungen laufender Fälle	4 589	4 037	5 978	5 300	3 980
Mutationen von Berechnungsgrundlagen laufender Fälle	10 103	9 062	9 211	10 128	10 452
Anspruchsverlust in Folge Tod	1 399	1 313	1 364	1 291	1 300
Abgänge in Folge Wegfalls von Anspruchsvoraussetzungen	1 058	930	1 011	1 090	1 003
Verfügungen für Krankheits- und Behinderungskosten	16 288	16 821	18 105	18 686	19 168
Verfügungen für Pflegekostenzuschüsse und ausserordentliche GZ	2 906	2 969	3 784	5 521	3 775

Kommentar

Seit 2001 hat die Zahl der Rentenberechtigten mit Zusatzleistungen zur AHV/IV stets deutlich zugenommen. Diese Entwicklung hat sich 2006 erstmals etwas abgeschwächt; 2007 wurden sogar leicht tiefere Fallzahlen gemessen als im Vorjahr. Bei den IV-Rentenberechtigten hat die Zuwachsrate mit 1,2% (2,5%) weiter abgenommen, während sich die Zahl der AHV-Rentenberechtigten mit einer Abnahme von -1,2% (1,3%) weiter stabilisiert hat. Dieser Trend der Fallzahlstabilisierung wird sich 2008 fortsetzen.

Die Aufwendungen für die Zusatzleistungen haben um 0,2% (4,1%) zugenommen. Die Bruttoleistungen verteilen sich zu 78,7% (78,4%) auf Ergänzungsleistungen, zu 7,6% (7,8%) auf kantonale Beihilfen, zu 9,8% (10,0%) auf jährliche Gemeindefürsorgezuschüsse, zu 2,8% (2,8%) auf Pflegekostenzuschüsse und zu 1,0% (1,0%) auf die Einmalzulagen. Das Nettoergebnis hat sich um 0,9% auf 191 828 009 Franken erhöht.

Für die Vergütung von Krankheitskosten im Rahmen der Ergänzungsleistungen sind die Auslagen leicht gesunken, und zwar um -1,9% (11,1%). In den Vorjahren waren noch deutliche Anstiege zu verzeichnen, die auf Entlastungsmassnahmen des Bundes im KVG- und IV-Bereich zurück zu führen waren.

Die Ausgaben für Pflegekostenzuschüsse zur Restfinanzierung von Kosten in Pflegeheimen und Wohnheimen für Behinderte haben im Gegensatz zum Vorjahr mit 0,3% (85,1%) nur marginal zugenommen. 2006 hatte der Wegfall der Taxreduktionen in den städtischen Pflegezentren zu einer markanten, aber budgetierten – und aus gesamtstädtischer Sicht kostenneutralen – Steigerung des Aufwandes bei den Pflegekostenzuschüssen geführt.

Insgesamt kann man, was die Kennzahlen anbelangt, also von einem sehr stabilen Jahr bei den Zusatzleistungen zur AHV/IV sprechen.

4.5 Soziale Dienste

4.5.1 Aufgaben

Die Sozialen Dienste Zürich (SOD) handeln im Rahmen der sozialen Grundversorgung gestützt auf das Sozialhilfegesetz, das Jugendhilfegesetz und das ZGB. Die SOD richten ihre Leistungen auf eine nachhaltige soziale und berufliche Integration der BewohnerInnen der Stadt Zürich sowie auf eine lebendige Soziokultur in den Quartieren aus. In den fünf polyvalenten Sozialzentren wird eine umfassende soziale Grundversorgung für die BewohnerInnen einer Region sichergestellt. Die Dienstleistungen reichen von der präventiv ausgerichteten Gemeinwesenarbeit und Soziokultur über Angebote der Jugend- und Familienhilfe, der gesetzlichen Betreuung und Vertretung im Rahmen einer zivilrechtlichen Massnahme bis zur wirtschaftlichen und persönlichen Hilfe gemäss Sozialhilfegesetz.

4.5.2 Jahresschwerpunkte

Missbrauchsbekämpfung in der Sozialhilfe

Neben dem Inspektorat der Sozialbehörde bildet das Spezialteam «Vertiefte Abklärungen» der SOD eine weitere Säule in der Bekämpfung von Sozialhilfemissbrauch. Es hat im Juli seine Arbeit aufgenommen. Das 3-köpfige Team hat den Auftrag, (hoch-)komplexe Sachverhalte mit Potenzial für Fehler oder Missbräuche umfassend abzuklären. Mit ihrem Spezialwissen können sie somit die SozialarbeiterInnen von aufwändigen Abklärungen entlasten. Aufgrund der Empfehlungen des Teams werden wo nötig Korrekturmassnahmen, Einstellung von Unterstützungsleistungen, Rückforderungen oder auch Strafanzeigen eingeleitet.

Risikomanagement

Nebst den gemäss der Weisung 37 im Sommer eingeführten zusätzlichen Instrumenten zur Bekämpfung des Sozialhilfemissbrauchs, hat eine Arbeitsgruppe der SOD die Prozesse und Standards der Kontrollen kritisch überprüft. Aufgrund der Erkenntnisse aus diesen Arbeiten wurde eine umfassende, externe Analyse zu den Risiken und zur Qualitätssicherung bei der Festlegung und Auszahlung von Sozialhilfe in Auftrag gegeben. Die Umsetzungsarbeiten bzw. der Aufbau eines modernen Risikomanagements (IKS nach COSO Framework) wird 2008 zusammen mit den Empfehlungen aus dem GPK-Bericht an die Hand genommen. Die Richtlinien, Steuerungsinstrumente und die Kontrollen werden konsequent auf die Kernrisiken ausgerichtet.

EDV-System für die Fallverwaltung

Für eine effizientere Fallführung wurde ein einheitliches EDV-Tool evaluiert, das die drei unterschiedlichen EDV-Systeme der Sozialhilfe, Jugend- und Familienhilfe sowie der zivilrechtlichen Erwachsenen- und Kinderschutzmassnahmen (vormundschaftliche Massnahmen) ablöst. 2006 hat der Stadtrat grünes Licht für die Einführung der Software KiSS gegeben. Die Umsetzungsarbeiten sind bis Ende des Berichtsjahrs soweit gediehen, dass die Fallführung ab 1. Januar 2008 mit der neuen Applikation erfolgen kann. Der Teil wirtschaftliche Hilfe und Finanzierungen wird per 1. April 2008 in Betrieb genommen.

Arbeitsintegration: Team coaching 16:25 für SozialhilfebezügerInnen

Bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe muss alles daran gesetzt werden, sie rasch in die Arbeitswelt integrieren zu können. Im März hat deshalb das Team coaching 16:25 seine Arbeit aufgenommen. Die sechs Coaches begleiten 16- bis 25-Jährige, die Sozialhilfe beziehen und sich bisher nicht auf einen Integrationsprozess eingelassen haben. Übergeordnetes Ziel des Coachings ist die soziale und berufliche Integration. Um dieses Ziel möglichst nachhaltig zu erreichen, werden individuell anstehende Themen bearbeitet (z. B. Familie, Perspektivlosigkeit, Finanzen, psychische Probleme) und zusammen mit den KlientInnen nach geeigneten Lösungen gesucht.

Soziale Integration: Pilotprojekt Gemeinnützige Arbeit

In einem Pilotprojekt wird seit Mitte 2007 im Sozialzentrum Hönggerstrasse die Vermittlung von gemeinnützigen Arbeitseinsätzen in den Quartieren für SozialhilfebezügerInnen aufgebaut, mit dem Ziel der sozialen Integration. Dabei handelt es sich um die Suche von massgeschneiderten Einsatzplätzen im Sozialraum, die auf die individuellen Fähigkeiten der zu vermittelnden Personen zugeschnitten sind.

Das Projekt ist gut angelaufen. Bis Ende November konnten 27 Personen zu einem Einsatz im Sozialraum vermittelt werden; bei 21 weiteren ist ein Einsatz in Planung. Obwohl nicht die Integration in den Arbeitsmarkt, sondern die soziale Integration und das Engagement für das Gemeinwesen das primäre Ziel der gemeinnützigen Arbeitseinsätze ist, hat bisher doch ein Sozialhilfeclient durch seinen Einsatz wieder eine Anstellung gefunden.

Kinder- und Jugendpartizipation: Mega!phon

Um die Partizipation im Alltag der Kinder- und Jugendarbeit zu verankern, unterstützte Mega!phon verschiedene Einrichtungen bei der Erarbeitung entsprechender Grundlagen. Der Quartierspielplatz Hardau wurde im Sommer im Beisein von Monika Stocker eingeweiht. Am Planungsprozess nahmen 50 Kinder, an den Malworkshops etwa 100 Kinder des Quartiers teil. Die Beteiligung von Kindern und die Berücksichtigung ihrer Ideen waren erstmals verbindlich in der Bauausschreibung verankert. Auch die Projektreihe «Kinder planen Verkehr» wurde abgeschlossen. Die Ergebnisse der lokalen Workshops wurden an den Zürcher Umwelttagen mit Fachleuten öffentlich diskutiert und in einer Dokumentation publiziert.

Jugendberatung der Stadt Zürich

Die Jugendberatung ist eine spezialisierte Beratungsstelle und integraler Teil der Jugend- und Familienhilfe. Das niederschwellige und kostenlose psychologische Beratungsangebot richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 14 und 25 Jahren und deren Familien. Die hauptsächlichsten Themen sind Schwierigkeiten mit der Familie, Probleme in Schule und Lehre, Arbeitslosigkeit, Orientierungslosigkeit, psychische Probleme aller Art, Integration, Probleme im Selbstständig- und Erwachsenwerden. Neben den Einzel- und Familien-Beratungen wurden zahlreiche Weiterbildungen und Kurse für Ausbildungsverantwortliche, Lehrkräfte und andere Fachleute durchgeführt. Ein Höhepunkt war die Fachveranstaltung zum Thema «Allmacht – Ohnmacht, eine Herausforderung für Jugendliche und ihre erwachsenen Bezugspersonen». Wiederum fand die Elterngruppe «mächtige Jugendliche – ohnmächtige Eltern?» grossen Anklang.

Sozialpädagogische Familienbegleitung

Im Rahmen der erzieherischen Hilfen hat der Einsatz der sozialpädagogischen Familienbegleitung in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Sozialpädagogische Familienbegleitung ist angezeigt, wenn durch gezielte Festigung des Familiensystems weitergehende Massnahmen, zum Beispiel die Fremdplatzierung eines oder mehrerer Kinder, verhindert werden soll. Mit der Unterstützung der Familie ist es möglich, die Eltern in ihrer Erziehungskompetenz so zu stärken, dass sie ihre Aufgaben richtig wahrnehmen und angemessen handeln können. Durch das konkrete Erlernen, Üben und Reflektieren von Verhaltensmöglichkeiten und das bewusste Wahrnehmen der Elternrolle können die Handlungskompetenzen der Eltern optimiert werden. Sie sind künftig in der Lage, Probleme eigenständig zu lösen. An die Qualität der Familienbegleitung und an deren Zielsetzung werden hohe Anforderungen gestellt. Für die Qualitätssicherung wurde der Einsatz von sozialpädagogischer Familienbegleitung verbindlich geregelt.

Schwerpunkte der Gemeinwesenarbeit (GWA) und der Soziokultur

- Der Tauschtreff – ein Private Public Partnership der GWA Zürich Süd und der Stiftung Sunflower Foundation – richtet sich an Menschen, die bewusst nach neuen Wegen im Umgang mit Geld suchen. In den Räumen des Solinos (Treffpunkt Verein Wochenendstube) wird seit einem Jahr wöchentlich das Tauschen von Fähigkeiten oder von Können angeboten. Betreut wird der Treff durch Freiwillige. Der Treff bietet Raum für brachliegende Ressourcen von Sozialhilfebeziehenden und fördert den Kontakt untereinander. Getauscht wurden Italienisch-Stunden gegen EDV-Kenntnisse, Hosen kürzen gegen Gartenarbeit, Chinesisch-Stunden gegen Pullover flicken usw. Durch die Tauschbörse entstehen auch Freundschaften.
- Die GWA Letzi coachte die MitarbeiterInnen des «Lernraums» und unterstützte sie in der Umsetzung ihres Projekts. Der «Lernraum» ist eine Hausaufgabenhilfe für PrimarschülerInnen aus bildungsfernen Familien. Gemeinsam mit dem GZ Loogarten und dem Lernraum wurde eine Kinderuniversität auf dem Lindenplatz durchgeführt.
- 2007 bezogen über 2000 BewohnerInnen eine der 1100 neu erstellten Wohnungen in Affoltern. Zusammen mit den Quartiervereinen und dem Netzwerk wird der Integrationsprozess von der GWA Nord aktiv begleitet. So bekamen die neuen BewohnerInnen eine Quartierorientierung mit der Netzwerkkarte. An Führungen konnten sich die Alteingesessenen mit den neuen Siedlungen vertraut machen. Die Förderung des Zusammenhalts im Quartier ist ein wichtiger Schwerpunkt.
- Das Team der Gemeinwesenarbeit Kreis 3, 4 und 5 war vermehrt mit dem Thema der (Über-)Nutzung von öffentlichem Raum befasst. Da die Quartiere dicht bebaut sind und we-

nig öffentlicher Raum vorhanden ist, kommt es immer wieder zu Konflikten. Durch die Vermittlung zwischen den verschiedenen Interessensgruppen konnten gemeinsam mit den Beteiligten tragfähige Lösungen gefunden werden. Ein Beispiel dafür ist der von der Gemeinwesenarbeit geleitete «Runde Tisch Kanzlei», der innerhalb kurzer Zeit zur Entspannung der Situation auf dem Kanzleiareal beigetragen hat. Ein weiteres Beispiel ist die Vermittlung von alternativen Trainingsplätzen für die Fussballer auf der Josefswiese. Diese können nun ihre wöchentlichen Turniere und Trainings auf einem Sportplatz durchführen und kommen somit nicht mehr regelmässig mit anderen NutzerInnen der Josefswiese in Konflikt.



Spielwagen. (Bild: Soziale Dienste)

- Gemeinsamer Nenner der sehr unterschiedlichen Veranstaltungen im Zentrum Karl der Grosse ist, dass sie in Zusammenarbeit und mit der Beteiligung von Menschen entstehen, die in Zürich leben und arbeiten. Die Veranstaltungsreihe «ELVIS» wurde mit einer Gruppe jugendlicher Elvis-Fans gestaltet, am Kurzgeschichtenwettbewerb «Eine Geschichte zu einer Photographie» beteiligten sich 75 Personen (im Alter zwischen 13 und 70 Jahren), dem Aufruf zur Publikumsjury folgten 15 Frauen und Männer. Ende September feierte das Zentrum Karl der Grosse gemeinsam mit der Integrationsförderung «10 Jahre IF im Karl», das Jubiläum des Kulturkurses für fremdsprachige Frauen: über 100 ehemalige Kursteilnehmerinnen trafen sich, und am interkulturellen Abend hatten Menschen aus sieben Kulturen vor übervollem Saal ihren Bühnenauftritt. 450 Menschen, davon 150 Kinder, besuchten die Lesungen zum 100. Geburtstag von Astrid Lindgren. Auch im Kleinen entsteht Gemeinschaft: im monatlichen Erzählcafé, im Konversationskurs «Sur les traces de charlemagne», in der selbstorganisierten Kulturgruppe.

4.5.3 Spezifische Kennzahlen

Zahlungen gesetzliche wirtschaftliche Hilfe gemäss SHG (Sozialhilfe und Jugend- und Familienhilfe)

(in Fr.)	2003	2004	2005	2006	2007
Grundbedarf Lebensunterhalt	78 066 144	86 158 371	86 396 690	79 475 054	70 418 172
Grundbedarf Unterhaltsdifferenz	18 964 713	21 310 266	21 865 843	25 459 908	28 850 810
Wohnungs- und Nebenkosten	59 408 478	70 256 398	76 604 349	76 721 060	71 739 854
Medizinalkosten	16 224 541	18 748 476	20 334 617	20 713 431	20 429 447
Situationsbedingte Leistungen – allgemein	13 665 215	17 298 648	18 274 782	17 521 859	16 861 095
– Integration Arbeitswelt	787 162	4 342 437	4 888 419	5 669 732	5 090 922
– Platzierungskosten	53 687 348	62 646 402	62 656 876	56 159 638	57 873 826
Diverse Auslagen bei bedeckten Konti	577 269	577 594	788 159	507 421	415 501
Zwischentotal	241 380 869	281 338 592	291 809 734	282 228 104	271 679 627
Beiträge Krankenkassen- prämien	26 210 872	30 736 459	34 595 334	34 724 818	32 304 807
Total	267 591 741	312 075 051	326 405 067	316 952 922	303 984 433

Zahlungen nach Heimatgruppen (ohne Krankenkassenbeiträge)

(In Fr.)	2003	2004	2005	2006	2007
Unterstützungen					
Kanton Zürich	56 041 604	67 326 498	67 248 318	65 575 888	65 929 681
Zuständigkeitsgesetz: kein Kostenersatz	74 735 061	84 468 316	87 961 546	86 055 792	83 786 682
mit Kostenersatz 100%	9 155 353	10 323 411	10 103 102	8 384 093	7 503 974
Ausland: kein Kostenersatz	58 254 859	70 612 163	77 254 153	79 241 840	78 050 625
mit Kostenersatz 100%	43 194 763	48 608 203	49 242 615	43 677 713	36 408 665
Total	241 381 641	281 338 592	291 809 734	282 934 532	271 679 627
Rückerstattungen Behörden					
Kanton Zürich	-4 744 162	-3 245 841	-3 865 433	-3 424 818	-2 903 305
Zuständigkeitsgesetz: kein Kostenersatz	-	-	-	-	-
mit Kostenersatz 100%	-4 318 898	-9 024 437	-8 549 454	-7 435 111	-6 558 471
Ausland: kein Kostenersatz	-	-	-	-	-
mit Kostenersatz 100%	-32 832 275	-29 511 131	-41 584 555	-35 307 801	-31 325 835
Total	-41 895 335	-41 781 410	-53 999 442	-46 167 729	-40 787 612
Rückerstattungen von anderen Zahlungspflichtigen					
Kanton Zürich	-14 852 084	-16 692 136	-15 487 561	-13 703 793	-14 546 009
Zuständigkeitsgesetz: kein Kostenersatz	-18 790 249	-21 635 416	-19 309 509	-16 571 466	-17 320 379
mit Kostenersatz 100%	-1 574 597	-1 694 845	-1 877 084	-2 041 963	-1 471 949
Ausland: kein Kostenersatz	-13 320 442	-14 949 626	-14 070 558	-13 949 682	-15 135 402
mit Kostenersatz 100%	-7 256 685	-7 872 631	-7 615 540	-6 569 809	-5 881 600
Total	-55 794 057	-62 844 654	-58 360 251	-52 836 712	-54 355 338
Rückerstattungen total (ohne transitorische Abgrenzungen)					
Kanton Zürich	-19 596 247	-19 937 978	-19 352 994	-17 128 611	-17 449 314
Zuständigkeitsgesetz: kein Kostenersatz	-18 790 249	-21 635 416	-19 309 509	-16 571 466	-17 320 379
mit Kostenersatz 100%	-5 893 494	-10 719 282	-10 426 537	-9 477 073	-8 030 419
Ausland: kein Kostenersatz	-13 320 442	-14 949 626	-14 070 558	-13 949 682	-15 135 402
mit Kostenersatz 100%	-40 088 961	-37 383 762	-49 200 094	-41 877 609	-37 207 435
Total	-97 689 392	-104 626 065	-112 359 693	-99 004 441	-95 142 950

Rückerstattung vereinnahmter Geldmittel

(in Fr.)	2003	2004	2005	2006	2007
Behörden					
Direktion Soziales und Sicherheit des Kantons Zürich, Ausländer	33 432 155	30 013 401	42 293 409	35 404 322	32 163 138
Heimatbehörden	4 418 198	8 825 869	8 406 524	7 655 856	6 269 273
Bund, Asylbewerber	4 044 982	2 942 140	3 299 509	3 107 551	2 355 200
Total (ohne Berücksichtigung des Staatsbeitrags)	41 895 335	41 781 410	53 999 442	46 167 729	40 787 612
Selbstzahler					
Rückzahlungen	2 129 287	2 267 828	3 183 893	2 500 888	3 302 851
Lohn- und Vermögensverwaltung	276 539	395 800	672 902	735 705	740 436
Erbabtretungen	216 415	401 274	364 350	279 975	491 064
Total	2 622 241	3 064 902	4 221 146	3 534 568	4 534 351
Verwandte					
Unterhaltsbeiträge Kinderzulagen	2 206 635	2 540 210	2 611 847	2 359 213	2 494 078
Ehegattenalimente	357 283	373 607	352 578	321 479	382 904
Verwandtenunterstützung	803 617	1 144 012	1 026 122	797 091	1 136 539
Total	3 367 534	4 057 829	3 990 547	3 477 783	4 013 520
Sozialinstitutionen					
IV/BV	25 815 251	32 497 987	27 104 542	22 248 440	23 804 153
AHV/ABV	2 416 372	2 292 827	2 226 072	2 400 482	2 808 655
Arbeitslosenversicherung	8 069 438	6 832 128	5 451 562	4 680 592	3 178 664
Krankenkassen	4 818 880	5 501 320	6 322 637	6 641 879	6 937 610
SUVA	737 123	527 794	571 335	582 230	469 421
Militär- und andere Versicherungen	375 762	655 052	697 125	723 677	284 146
Kinderzulagen	220 832	246 328	268 315	298 098	332 160
Sozialamt, bevorschusste Kinderalimente	2 450 769	2 847 043	2 840 579	2 924 689	2 943 906
Pensionskassen, Renten	1 456 881	874 548	1 036 725	1 398 134	1 222 963
Schulamt, Schulbeiträge				11 900	-180
Öffentliche Verwaltungen, Stipendien	3 442 974	3 446 897	3 629 666	3 914 242	3 825 968
Total	49 804 282	55 721 924	50 148 559	45 824 360	45 807 466
Total Rückerstattungen	97 689 392	104 626 065	112 359 768	99 004 441	95 142 950

Kennzahlen Sozialhilfe

	2003	2004	2005	2006	2007
Neue Sozialhilfefälle (inkl. Wiederaufnahmen)	4 718	4 950	4 616	3 958	3 476 ¹
Durchschnittliche Anzahl Sozialhilfefälle mit Auszahlung pro Monat	7 161	8 342	9 131	9 256	8 888 ¹
Sozialhilfefälle kumuliert	11 631	13 076	13 799	13 597	13 198 ¹
Sozialhilfebeziehende (Per- sonen) kumuliert	19 180	21 513	22 530	22 130	21 334 ¹
abgeschlossene Fälle (Juli Vorjahr bis Juni Rechnungsjahr)	3 442	3 569	4 127	4 159	4 234 ¹
Durchschnittliche Sozialhilfe- quote (Jahresdurchschnitt in %)	3,6%	4,1%	4,5%	4,5%	4,3% ²
Kumulative Sozialhilfequote (in %)	5,6%	6,3%	6,6%		n.v. ²
Infodona: beratene Personen (ohne finanzielle Leistungen)	1 199	1 254	1 440	1 413	1 514
Infodona: Beratungen pro Jahr (ohne finanzielle Leistungen)	2 931	2 758	2 942	3 300	3 169

¹ ab 2007 inkl. die von der Asyl-Organisation geführten Sozialhilfe-Fälle

² ab 2006 inkl. die von der Asyl-Organisation geführten Sozialhilfe-Fälle

Kommentar

Nachdem sich die Fallzahlen 2006 auf hohem Niveau stabilisierten, konnte 2007 ein Rückgang der Sozialhilfefällen verzeichnet werden. Grund für die Abnahme war die gute konjunkturelle Entwicklung in der Schweiz, die schon länger anhält und erstmals Einfluss auf die Sozialhilfefälle hatte. Insbesondere die Anzahl der neuen Fälle reduzierte sich bei gleichbleibender Ablösungsquote im letzten Jahr.

Die Bruttoauslagen (ohne Krankenkassenprämien) sanken von 283 Mio. auf 272 Mio. Franken.

Die jährlich ausgewiesene kumulative Fallzahl sank von 13 597 Fällen auf 13 198 Fälle. Davon sind 264 Fälle von der Asyl-Organisation geführt. Die durchschnittliche Fallzahl pro Monat sank von 9 256 auf 8 888 Fälle pro Monat. Davon sind 180 Fälle von der Asyl-Organisation geführt. Die Fälle mit Rückerstattungen, Verwandtenunterstützung und elterliche Unterhaltspflicht bei der Abteilung Zentrale Rückerstattung nahmen erneut zu.

Bei der Infodona hat die Anzahl Beratungen mit 3 169 (3 300) gegenüber 2006 leicht abgenommen.

Jugend- und Familienhilfe

	2003	2004	2005	2006	2007
neue Fälle Jugend- und Familienhilfe (ohne Wiederaufnahmen)	670	661	684	647	717
neue Platzierungen					
– in Heimen	147	141	157	104	122
– in Pflegefamilien	20	13	8	9	16
– in Tagesstrukturen	82	67	92	73	70
Fälle Kleinkinderbetreuungsbeiträge	388	369	389	374	346
Alimentenbevorschussungsfälle	1 779	1 802	1 805	1 886	1 775
Schuldner Alimenteninkasso	3 238	3 231	3 420	3 372	3 275
Durchschnittliche Anzahl Platzierungen					
– in Heimen	435	436	430	415	370
– in Pflegefamilien	106	108	99	89	82
– in Tagesstrukturen	126	152	166	165	161
Platzierungen kumuliert					
– in Heimen	589	593	624	572	573
– in Pflegefamilien	136	130	122	112	106
– in Tagesstrukturen	189	218	260	249	247
Jugend- und Familienhilfe					
– Durchschnittliche Anzahl Fälle	2 258	2 325	2 104	2 415	2 510
– Fälle kumuliert	3 126	3 166	3 209	3 274	3 381
– abgeschlossene Fälle	857	836	794	843	866
Mütter-/Väterberatung					
– erfasste Kinder	4 388	4 654	4 792	4 816	5 174
– Beratungen	20 464	21 529	22 611	23 157	24 230
Jugendberatung					
– beratene Personen	371	381	430	429	427
– Beratungsstunden	4 821	5 028	4 751	4 907	4 614

	2003	2004	2005	2006	2007
Schulsozialarbeit: SchulsozialarbeiterInnen	17	26	36	39	41
Schulsozialarbeit: betreute Schulhäuser	22	33	42	45	51
neue beaufsichtigte Tagesverhältnisse	134	117	69	78	78
Pflegekinder: beaufsichtigte Tagesverhältnisse (kumuliert)	354	367	286	264	248
Pflegekinder: durch den Fachbereich Pflegekinder mitfinanzierte Tagesverhältnisse	87	98	93	89	86
Pflegekinder: neue beaufsichtigte Pflegeverhältnisse*	41	25	26	34	24
Pflegekinder beaufsichtigte Pflegeverhältnisse* (kumuliert)	240	169	137	148	138
Pflegekinder: durch den Fachbereich Pflegekinder mitfinanzierte Pflegeverhältnisse*	18	14	12	11	8
Regionale Kinderschutzgruppen: Neu gemeldete Fälle	91	88	108	114	104

* Wochen- und Dauerpflegeverhältnisse; bis 2003 inkl. Pflegeverhältnisse zwecks Adoption

Die Sozialzentren führten 3381 Fälle der Jugend- und Familienhilfe. Dies ist wiederum ein leichter Anstieg im Vergleich zum Vorjahr (3274). Der Trend einer leichten Fallzunahme setzt sich also fort.

Im Vergleich mit dem Vorjahr blieb die Zahl der platzierten Kinder und Jugendlichen praktisch konstant. Es entfallen auf Platzierung in Heimen 573 (Vorjahr 572) auf Platzierungen in Pflegefamilien 106 (112) und 247 (249) auf Platzierungen in Tagesstrukturen wie Krippen, Tagesfamilien, Tageszentren für Jugendliche.

Die sieben Kinderschutzgruppen wurden als Konsultativgremien in 104 Fällen zur Beratung und Begleitung von Kinderschutzfällen beigezogen, was einen leichten Rückgang von 10 Fällen bedeutet.

Die Schulsozialarbeit wurde weiter ausgebaut: In 51 (45) Schulhäusern sind 41 (39) SchulsozialarbeiterInnen tätig.

Zivilrechtliche Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen

	2003	2004	2005	2006	2007
Neue Erwachsenenschutzmassnahmen	299	388	338	351	577
Neue Kindesschutzmassnahmen	229	288	278	274	225
Erwachsenenschutzmassnahmen					
Erwachsenenschutzmassnahmen (kumuliert)	2 651	2 761	2 812	2 969	3 295
Erwachsenenschutzmassnahmen (Jahresdurchschnitt)	2 408	2 425	2 548	2 657	2 882
Kindesschutzmassnahmen					
Kindesschutzmassnahmen (kumuliert)	1 662	1 735	1 785	1 780	1 774
Kindesschutzmassnahmen (Jahresdurchschnitt)	n.v.*	n.v.*	1 503	1 518	1 517
KlientInnen mit Vermögensverwaltung					
KlientInnen mit Vermögensverwaltung (kumuliert)	555	678	705	769	n.v.
KlientInnen mit zusätzlicher Rechtsvertretung durch den Rechtsdienst SDS (kumuliert)	195	195	261	241	284
Regelung Vaterschaft, Unterhalt und Sorgerecht: Einvernehmliche Fälle					
Regelung Vaterschaft, Unterhalt und Sorgerecht: Einvernehmliche Fälle kumuliert	945	1 089	1 145	1 132	1 338
Begleitete private BetreuerInnen (kumuliert)	990	1 093	1 069	1 055	1 049

* Die für diese Jahre verfügbaren Zahlen sind nicht mit den neueren Erhebungen vergleichbar.

Soziokultur und Gemeinwesenarbeit

	2003	2004	2005	2006	2007
Erholung und Freizeit:					
Öffnungszeiten der Begegnungsorte	22 234	22 165	21 652	19 842	20 590
Veranstaltungen	3 438	4 176	4 079	4 398	3 725
BesucherInnen von Veranstaltungen	119 414	125 503	114 677	131 928	134 789
Bildung, Kreativität, Kunst:					
Bildungsangebote	8 639	8 394	5 494	5 580	6 065
TeilnehmerInnen an Bildungsangeboten	85 984	94 715	71 273	62 930	67 434
Supportstunden für Eigeninitiativen	20 002	19 950	18 342	18 388	19 471
Soziale Stadtentwicklung:					
Projekte zur Gemeinwesenentwicklung	89	92	148	142	132

4.6 Soziale Einrichtungen und Betriebe

4.6.1 Aufgaben

Die Sozialen Einrichtungen und Betriebe (SEB) führen Einrichtungen, Betriebe und Programme, in denen Menschen sozial und gesellschaftlich integriert werden.

- Der Geschäftsbereich Wohnen und Obdach umfasst Akutunterkünfte, begleitetes Wohnen, Notwohnungen und Heime.
- Der Geschäftsbereich Sucht und Drogen führt ein breites Angebot an präventiven, sozialen, therapeutischen und medizinischen Hilfestellungen für Suchtmittel konsumierende Menschen.
- Der Geschäftsbereich Kinderbetreuung umfasst zehn Kindertagesstätten, darunter drei Kinderhäuser mit erweitertem Auftrag in ihren Quartieren.
- Der Geschäftsbereich Arbeitsintegration führt Betriebe und Programme zur beruflichen und sozialen Integration von Sozialhilfebeziehenden, erwerbslosen Jugendlichen und IV-Beziehenden.

4.6.2 Jahresschwerpunkte

Führungsentwicklung

Die Geschäftsleitung der SEB hat sich 2006 zum Ziel gesetzt, die Führung mittels gemeinsamer Schulung zu stärken. 2007 haben 15 Führungsleute ein Kompaktseminar in Betriebsführung, 58 eine Schulung in Personalführung sowie 29 Personen zusätzliche Module in Projektmanagement, Kommunikation und Umgang mit Veränderungen besucht. Zur Unterstützung der Umsetzung des erlernten Wissens in die Praxis standen den Führungskräften ausserdem Coachings zur Verfügung.

Die Rückmeldungen auf die gemeinsame Führungsentwicklung ist mehrheitlich positiv, das gemeinsame Führungsverständnis ist spürbar besser geworden.

Risikomanagement

Die SEB haben die Vorbereitungen für den Aufbau eines Internen Kontrollsystems (IKS) weitgehend abgeschlossen. Das von der Finanzkontrolle empfohlene System basiert auf einer systematischen Risikoanalyse aller Geschäftsprozesse. Das Projekt wird bis Mitte 2008 abgeschlossen.

Wohnen und Obdach

Die Einrichtungen des Geschäftsbereichs Wohnen und Obdach beherbergten über 2500 Personen. Den Hauptanteil stellten mit 1200 Personen die MieterInnen der Notwohnungen, in der Regel wohnungslose Familien mit Kindern. Damit hielt sich die Nachfrage nach Notwohnungen praktisch unverändert auf dem Niveau der Vorjahre, und der Fachdienst Raum und Infrastruktur sah sich einmal mehr mit der Aufgabe konfrontiert, den benötigten Wohnraum zu beschaffen. 2007 gelang ihm dies wiederum sehr gut; es konnten Versorgungsengpässe vermieden werden. Tatsächlich ist weniger der Mangel an Wohnungen, sondern die kurze Vertragsdauer das Problem: Wohnbauträger vermieten dem Geschäftsbereich ihre Liegenschaften oft vor Renovationen oder Rückbauten. Die Wohnungen müssen so nach kurzer Zeit geräumt und die NotwohnungsmieterInnen aufwändig umgesiedelt werden.

Notschlafstellen: Sinkende Nachfrage

Die Nachfrage nach Schlafplätzen für obdachlose Einzelpersonen in den Notschlafstellen hat weiter abgenommen. Der Trend, der sich seit 2003 abzeichnet, setzt sich somit fort. Gleichzeitig haben sich die Merkmale der BenutzerInnen verändert: neben der langjährigen Hauptzielgruppe der ob-

dachlosen Drogenkonsumierenden erscheinen zunehmend Personen mit psychiatrischen Diagnosen. Die Notschlafstellen erfüllen die wichtige Aufgabe, diese vollkommen desintegrierten Personen aufzufangen und sie an psychologische und soziale Dienste weiterzuleiten.



Notschlafstellen: Die Nachfrage nach Schlafplätzen für obdachlose Einzelpersonen nimmt ab. (Bild: Samuel Wimmer)

Die 2005 und 2006 eröffneten Familienherbergen haben sich als überaus praktische und integrative Angebote bewährt. Als Kurzzeitunterkunft in dringenden Notfällen konzipiert, entlasteten sie die Notwohnungen und ermöglichten schnelle und unbürokratische Interventionen.

Sucht und Drogen

Rund 800 Personen suchen die Kontakt- und Anlaufstellen für Drogenkonsumierende (K+A) regelmässig auf. Dies zeigt eine Studie, die der Geschäftsbereich Sucht und Drogen erstellen liess. Bei den BenutzerInnen der K+A handelt es sich um eine relativ homogene Gruppe: Sie sind vorwiegend schweizerischer Herkunft (80%) und durchschnittlich 38 Jahre alt. Der Frauenanteil beträgt 23%.

Das Angebot der K+A entspricht weitgehend den Bedürfnissen der KlientInnen: Grundsätzlich suchen Drogenabhängige die K+A wegen den geschützten Konsummöglichkeiten unter kontrollierten Bedingungen in den Gassenzimmern auf. Die Studie zeigt aber auch deutlich auf, dass es die klassischen Überlebenshilfeangebote wie Wundversorgung, Duschen und saubere Kleider heute nicht mehr gleich stark braucht wie zu den Zeiten der offenen Drogenszenen in den 1990er Jahren. Rund 88 Prozent der Befragten verfügen über einen festen Wohnsitz. Ein Drittel der KlientInnen geht einer Erwerbstätigkeit nach. Die Studie belegt auch den zusätzlichen Bedarf der BenutzerInnen nach Tagesstrukturen. Als Reaktion darauf hat man damit begonnen, die Arbeitsangebote in den K+A auszubauen, in der Küche oder im Thekendienst bei der Essensabgabe.



In den Kontakt- und Anlaufstellen soll vermehrt Küchendienst geleistet werden. (Bild: Samuel Wimmer)

Innovative Angebotsentwicklung

Die Angebotsentwicklung der Betriebe des Geschäftsbereichs Sucht und Drogen stand im Zeichen der Ideen und des Know-how der MitarbeiterInnen. Die Bereichsleitung schrieb im Frühling einen Wettbewerb aus, an dem alle MitarbeiterInnen eine Projektidee einreichen konnten. Insgesamt wurden 20 Ideen eingereicht, die vier innovativsten und umsetzbarsten von einer fünfköpfigen Jury ausgewählt und im Oktober prämiert. Der einmalig durchgeführte Projektwettbewerb war ein grosser Erfolg: Niemand hatte mit 20 TeilnehmerInnen gerechnet. Ausserdem überraschten die Kreativität und das hohe Engagement der MitarbeiterInnen. Den ersten Preis gewann die Frauenberatung Flora Dora für das Migrationsprojekt «Mehrsprachiges Theaterspiel», das die Fremdsprachenkompetenz sowohl der Spanisch sprechenden Sexarbeiterinnen als auch der Mitarbeiterinnen der Frauenberatung Flora Dora erhöhen will. Das Projekt wird im April 2008 erstmals als Pilot durchgeführt.

Kinderbetreuung

Der Geschäftsbereich Kinderbetreuung hat wie geplant in den drei Kinderhäusern Schwamendingen (Kreis 12), Artergut (Kreise 7 und 8) und Entlisberg (Kreis 2) je eine Anlaufstelle Kinderbetreuung in Betrieb genommen. Die Anlaufstellen sind wichtige Instrumente für den bedarfsgerechten und diversifizierten weiteren Ausbau der verschiedenen Formen der Kinderbetreuung, die der Massnahmenplan Kinderbetreuung 2007–2010 zum Ziel hat. Die Hauptaufgaben der Anlaufstellen sind die Information der Eltern und deren Unterstützung in der Selbstorganisation, die Vernetzung der jeweiligen Akteure in der Kinderbetreuung sowie die Bedürfniserhebung.



Pilotprojekt Bildungsorientierung: Weiterbildung der Mitarbeitenden in der Kinderbetreuung. (Bild: Samuel Wimmer)

Pilotprojekt Bildungsorientierung in Kindertagesstätten (Kitas)

Ebenfalls im Rahmen des Massnahmeplans Kinderbetreuung 2007–2010 setzen sich die Kindertagesstätten des Verbundes Artergut sowie das Kinderhaus Entlisberg in einem Pilotprojekt mit der Frage der Bildung im Frühbereich auseinander. Die Kinder sollen in Zukunft noch besser in ihrem Selbstbildungsprozess unterstützt werden. Dies geschieht z. B. durch die systematische Beobachtung der Kinder sowie durch eine gezielte Gestaltung der Aktivitäten und der Räume in den Kindertagesstätten. Das Projekt soll prüfen, wie sich die Bildungsorientierung in Kitas, wie sie heute in verschiedenen nördlichen Nachbarländern praktiziert wird, in der Schweiz umsetzen lässt. Bestandteil des Projekts sind Weiterbildungen für die MitarbeiterInnen, Umsetzungs- und Anwendungsphasen in den Kitas und zwei Praxisbesuche in Kindertagesstätten, die nach diesem Bildungsverständnis arbeiten.

Arbeitsintegration

Kennzeichnend in der Arbeitsintegration war die inhaltliche und methodische Differenzierung der Betriebe und Angebote. Im Zentrum stand die Frage der Entwicklung der Arbeitsfähigkeit der zugewiesenen TeilnehmerInnen hin zur Arbeitsmarktfähigkeit. Zwei Betriebsbeispiele sollen dies stellvertretend illustrieren:

- Jugendbeiz Züri Nord: Jugendliche mit erheblichen schulischen und sozialen Defiziten erhalten kaum einen direkten Zugang zum Arbeitsmarkt. Sie laufen Gefahr, auf Dauer in die Randständigkeit abzugleiten. Im Gastrobetrieb Züri Nord erhalten sie Gelegenheit, sich in Küche und Service zu erproben. Verschiedene Anreize helfen, die Motivation zur Arbeit, die Verbindlichkeit im Einsatz und die Fertigkeiten in der Bewältigung der Arbeitsabläufe zu erhöhen: Erstens die enge Anleitung durch Fachpersonen, zweitens die tägliche Reflexion des Arbeitseinsatzes und drittens das differenzierte Feedback auf ihre Leistungen von KundInnen, den gleichaltrigen KollegInnen sowie den Fachpersonen. Tägliche Arbeit als Möglichkeit zur Sinngebung und sozialen Zugehörigkeit steigert das Selbstwertgefühl und die Arbeitsmarktfähigkeit der Jugendlichen. Der Betrieb hat einen hohen Zulauf und eine sehr geringe Abbruchquote.



Jugendrestaurant Züri Nord: Tägliche Arbeit steigert das Selbstwertgefühl und die Arbeitsmarktfähigkeit. (Bild: Samuel Wimmer)

- Dienstleistungszentrum – Teillohnbetrieb: Im Mittelpunkt stehen Aufträge zur Reinigung verschiedenster Gebäude und Aussenanlagen sowie grosse Wäscherei-Aufträge. Das Auftragsvolumen erlaubt eine hohe Differenzierung der Einsatzmöglichkeiten in der Arbeit und damit auch sehr unterschiedliche Leistungsniveaus. Alle Teillohnangestellten erhalten eine intensive Schulung in professioneller Reinigung und werden im Leistungslohnsystem entsprechend Fähigkeiten und Können gefördert. Ihre Arbeitsmarktfähigkeit in der Reinigungsbranche und dem verwandten Arbeitsmarkt ist entscheidend besser und die Vermittlungschancen sind wesentlich höher geworden. Die Branchenschulungen werden anerkannt und bestätigt, Arbeitszeugnisse des Betriebs sind auf dem Markt begehrt.

Anerkennung des kantonalen Amts für Wirtschaft und Arbeit (AWA) für die Betriebe und Angebote

2007 erhielten die Qualifikationsbetriebe für Erwachsene (ausser das Büroprogramm), die Motivationssemester für Jugendliche und junge Erwachsene sowie das Basislehrjahr den Zuspruch für Subventionen auf fünf Jahre. Ein wesentlicher Grund war die Arbeitsmarktnähe der Programme und Betriebe.

4.6.3 Spezifische Kennzahlen

Wohnen und Obdach

Plätze	Messgrösse	2003	2004	2005	2006	2007
Notschlafstellen	Bett	55	57	57	55	52
Begleitetes Wohnen	Einzelzimmer	339	352	329	328	332
Betreutes Wohnen	Bett	13	17	17	36	36
Familienherbergen	Bett	–	–	37	73	79
Übergangsheim Wohnwerkstatt	Einzelzimmer	24	24	24	24	24
Werk- und Wohnhaus zur Weid	Bett	55	55	55	55	55
Jugendwohngruppen	Einzelzimmer	41	45	48	48	48
Notwohnungen	Wohnung	204	201	223	241	250

Aufenthaltstage/Übernachtungen

	2003	2004	2005	2006	2007
Notschlafstellen	14 135	12 455	11 931	9 678	8 419
Begleitetes Wohnen	116 627	117 321	109 575	108 767	109 432
Betreutes Wohnen	4 048	4 988	4 887	5 040	10 376
Familienherbergen	–	–	5 044	10 013	14 003
Übergangsheim Wohnwerkstatt	8 210	8 444	8 149	7 887	7 531
Werk- und Wohnhaus zur Weid	19 614	19 563	19 572	20 003	19 336
Jugendwohngruppen	13 170	14 163	16 183	16 837	15 171
Notwohnungen	261 340	248 930	274 265	283 970	268 742

Sucht und Drogen

Plätze		2003	2004	2005	2006	2007
Kontakt- und Anlaufstellen	in Aufenthaltsräumen	191	199	124	124	124
	in Injektionsräumen	27	28	24	24	26
	in Rauchräumen	17	23	27	27	32
Treffpunkte city-t-alk		32	68	68	74	74
Frauenberatung Flora Dora	im Bus	7	7	7	7	7
Polikliniken Lifeline und Crossline	Diaphin(Heroin)-, Methadon- und Subutexgestützte Behandlung	140	140	152	152	166

Gassenpräsenz

	Messgrössen	2003	2004	2005	2006	2007
sip züri	soziale Interventionen ^{1, 2}	1 085	1 358	6 228	4 986	8 987
	medizinische Interventionen ¹	696	643	1 337	1 114	1 591
	ordnungsdienstliche Interventionen ¹	5 619	4 772	6 366	5 410	7 282
	übrige	2 270	1 890	5 392	4 892	5 135
	Präsenzstunden Gasse	3 553 h	4 000 h	4 444 h	3 940 h	4 325 h
Jugendberatung Streetwork	Präsenzstunden Gasse ²	531 h	925 h	1 020 h	1 130 h	1 140 h

Definitionen:

¹ Eine Intervention verfolgt das Ziel entweder die soziale Integration, den Gesundheitszustand oder die subjektive Sicherheit zu erhalten bzw. zu verbessern.

² Durchführung von Grossrundgängen ab 2003

Kinderbetreuung

Plätze		2003	2004	2005	2006	2007
Verbund Artergut ¹		75	78	78	78	78
Verbund Entlisberg ²		148	152	156	162	162
Verbund Schwamendingen ³		76	76	76	76	76

Definitionen:

¹ umfasst Kinderhaus Artergut, Kindertagesstätte In Böden, Frankengasse und Käferhaus

² umfasst Kinderhaus Entlisberg, Kindertagesstätte Paradies, Selnau und Hort Selnau

³ umfasst Kinderhaus Schwamendingen, Kindertagesstätte Herbstweg und Mattenhof

Betreute Kinder

	2003	2004	2005	2006	2007
Verbund Artergut ¹	187	186	181	194	178
Verbund Entlisberg ²	334	353	274	263	264
Verbund Schwamendingen ³	148	147	138	142	141

¹ umfasst Kinderhaus Artergut, Kindertagesstätte In Böden, Frankengasse und Käferhaus

² umfasst Kinderhaus Entlisberg, Kindertagesstätte Paradies, Selnau und Hort Selnau

³ umfasst Kinderhaus Schwamendingen, Kindertagesstätte Herbstweg und Mattenhof

Arbeitsintegration

Jahresarbeitsplätze	2003	2004	2005	2006	2007
Basisbeschäftigung	–	–	–	10	95
Teillohnbetriebe	–	–	–	116	337
Qualifikationsbetriebe	347	397	387	277	174
Gemeinnützige Arbeit	–	–	–	–	114
Regelmässige Beschäftigung ¹	119	152	176	181	–
Tage- und stundenweise Beschäftigung	315	302	297	119	119
Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene	64	77	83	96	97
Fachprogramme ²	33	36	41	26	8
Integrationskurse	79	83	88	96	96
Berufliches Trainingszentrum	59	63	69	74	76

¹ Umwandlung in Teillohnbetrieb, Basisbeschäftigung und Gemeinnützige Arbeit

² Schliessung des Angebotes Albishaus per 30.6. 2007

Teilnehmende

	2003	2004	2005	2006	2007
Basisbeschäftigung	–	–	–	128	1 135
Teillohnbetriebe	–	–	–	294	537
Qualifikationsbetriebe	946	1008	1068	869	475
Gemeinnützige Arbeit	–	–	–	–	188
Regelmässige Beschäftigung ¹	211	286	347	346	–
Tage- und stundenweise Beschäftigung	613	560	611	705	630
Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene	169	200	201	253	249
Fachprogramme ²	117	120	117	103	38
Integrationskurse	159	144	146	240	273
Berufliches Trainingszentrum	72	76	81	149	159

¹ Umwandlung in Teillohnbetrieb, Basisbeschäftigung und Gemeinnützige Arbeit

² Schliessung des Angebotes Albisshaus per 30.6. 2007

Vermittlungserfolge¹

	2003	2004	2005	2006	2007
Basisbeschäftigung	–	–	–	12	11
Teillohnbetriebe	–	–	–	35	23
Qualifikationsbetriebe	33	31	35	37	48
Gemeinnützige Arbeit	–	–	–	–	32
Regelmässige Beschäftigung ²	17	8	11	11	–
Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene	69	68	58	51	62
Fachprogramme	41	46	34	53	42
Integrationskurse	73	71	69	69	70

¹ in Prozent der ausgetretenen Teilnehmenden

² Umwandlung in Teillohnbetrieb, Basisbeschäftigung und Gemeinnützige Arbeit

5. Parlamentarische Vorstösse

I. Unerledigte Motionen und Postulate

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2007)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

MOT = Motion (Erledigungsfrist zwei Jahre nach Überweisung)

POS = Postulat (Erledigungsfrist zwei Jahre nach Überweisung)

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2001/002256 2001/000595	25.08.1999 21.11.2001	Bögle Heinz und Dettli Reto Industriequartier, Bau eines Quartierzentrums

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage für den Bau eines Quartierzentrums im Industriequartier zu unterbreiten.

Der Stadtrat plant, mittelfristig auf dem Areal «Schütze» im Industriequartier ein neues Schulhaus mit integriertem Quartierzentrum zu erstellen, das den Anliegen des Postulats Rechnung tragen wird. Durch die Verbindung der beiden Bauvorhaben kann mit dem Bezug des neuen Quartierzentrums frühestens in rund acht Jahren gerechnet werden.

POS 2004/000574 2004/000153	24.03.2004 02.06.2004	Brändle Galliker Anna Jugendarbeitslosigkeit, Massnahmenpaket zur Senkung
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie mit einem geeigneten Massnahmenpaket die erschreckend hohe Zahl der erwerbslosen Jugendlichen gesenkt werden kann. Dies soll durch eine Intensivierung des Beratungs- und Unterstützungsangebotes und einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem städtischen Gewerbe und mit den in Zürich angesiedelten Grossfirmen, sowie einer Erhöhung des städtischen Lehrstellenangebots erreicht werden.

Im Rahmen seines Legislaturschwerpunktes hat der Stadtrat sein intensives Engagement im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit unvermindert fortgesetzt. Der Fokus liegt weiterhin auf den folgenden drei Arbeitsfeldern:

- Erhaltung eines gut diversifizierten Lehrstellenangebotes für alle Jugendliche mit ihren unterschiedlichen Neigungen und Fähigkeiten und Ausbau desselben in enger und gezielter Zusammenarbeit mit der Wirtschaft
- Erhaltung und nötigenfalls Anpassung der schulischen und berufspraktischen Brückenangebote für diejenigen Jugendliche, die vor dem Eintritt in eine Lehre oder eine weiterführende Schule eine Orientierungszeit benötigen
- Aufbau von niederschweligen Einstiegsangeboten für Jugendliche, die (noch) nicht in der Lage sind, eine berufliche oder weitere schulische Ausbildung zu absolvieren und bei welchen der Aufbau einer geregelten Tagesstruktur und der Einstieg in eine einfache, praktische Arbeit zunächst im Vordergrund steht.

2007 wurde auf das dritte Arbeitsfeld ein ganz besonderes Gewicht gelegt, in dem neue Angebote aufgebaut bzw. die Umsetzung von neuen Angeboten vorbereitet wurde.

POS 2005/000409 2005/000118	30.03.2005 20.09.2006	Kunz Hanspeter und Danner Ernst Jugendarbeitslosigkeit und Jugendgewalt, Bekämpfung durch Ausbildungsverbände
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie durch private Ausbildungsverbände die Zahl der Lehrstellen in der Stadt Zürich erhöht und damit ein Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Jugendgewalt geleistet werden kann.

POS 2005/000410 2005/000120	30.03.2005 20.09.2006	Kunz Hanspeter und Danner Ernst Lehrstellenproblematik, Sensibilisierung für das duale Bildungssystem bei internationalen Unternehmen und ausländischen Selbstständigerwerbenden
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ohne Stellenvermehrung in der städtischen Verwaltung internationale Unternehmungen und ausländische Selbstständigerwerbende in der Stadt Zürich über das duale Bildungssystem informiert und entsprechend für die Lehrstellenproblematik sensibilisiert werden können.

POS 2005/001481 2005/000511	30.11.2005 05.12.2007	Liebi Roger und Tuena Mauro Drogenpolitik, abstinentorientierte Botschaft
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie kurzfristig durch eine klare Botschaft für eine Drogenpolitik, welche besonders auch die Drogenabstinenz zum Ziel hat, auf die Gefährlichkeit von harten Drogen wie z. B. Kokain, hingewiesen werden kann. Durch gezielte Prävention in Schulen, aber auch zusammen mit Arbeitgebern und Arbeitgeberorganisationen in Unternehmungen, muss diese Botschaft verbreitet werden.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2006/000466 2006/000131	28.04.2006 21.06.2006	FDP-Fraktion Pflegekindervermittlung, Qualitätssicherung

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen,

- wie eine den hohen Ansprüchen für Kinderbetreuung entsprechende Qualifikation – und deren regelmässige Überprüfung – von Personen und Institutionen sichergestellt werden kann, welche in der privaten Vermittlung von Pflegekindern tätig sind, einschliesslich der sogenannten Timeout-Platzierungen; diese Massnahme ist so lange zu führen, bis der Kanton diese Aufgabe übernimmt;
- wie die von privaten Vermittlern bzw. Institutionen getroffenen Massnahmen für die Betreuung der platzierten Pflegekinder regelmässig überprüft werden können.

2006 wurde der Prozess für Time-out-Platzierungen von Kindern und Jugendlichen über Familienplatzierungsorganisationen (FPO) grundlegend überarbeitet. Der seit 1. November 2006 geltende neue Prozess legt die einzelnen Arbeitsschritte für eine Platzierung verbindlich fest, definiert die Anforderungen und Leistungsverpflichtungen an die Familienplatzierungsorganisationen, die Time-out-Platzierungen vermitteln und begleiten, sowie an die Pflegefamilien. Es dürfen nur Familienplatzierungsorganisationen berücksichtigt werden, die über einen Vertrag mit den Sozialen Diensten verfügen; wobei dieser Kontrakt jährlich überprüft wird. Zurzeit verfügen sieben Organisationen über einen solchen Vertrag. Die Familienplatzierungsorganisationen müssen den Sozialen Diensten ihre Auswahl- und Eignungskriterien bezüglich Pflegefamilien schriftlich einreichen und die Namen sowie Adressen der Pflegefamilien bekannt geben. Weitere Kontrollmechanismen bilden die jährlich durchgeführten 14 Stichproben (zwei Kontrollen pro Familienplatzierungsorganisation) bei Pflegefamilien vor Ort sowie die jeweils nach Beendigung einer Time-out-Platzierung obligatorischen Evaluationen der Einzelfälle. Die Sozialen Dienste dürfen jederzeit unangemeldete Besuche bei der Familienplatzierungsorganisation und den Pflegefamilien durchführen und besitzen Akteneinsichtsrecht.

Für das Jahr 2008 ist geplant, auch den Prozess für langfristige Platzierungen von Kindern und Jugendlichen via Familienplatzierungsorganisationen verbindlich zu regeln, und die Organisationen, mit denen zusammen gearbeitet werden soll, festzulegen.

MOT 2006/000507 2006/000158	08.05.2006 21.06.2006	AL-Fraktion Soziale Dienste, Erhöhung des Stellenetats
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird aufgefordert, eine kreditschaffende Weisung zur Erhöhung des Stellenetats bei den Sozialen Diensten vorzulegen, mit der bis Ende 2006 sichergestellt wird, dass die Zahl der in den Quartierteams betreuten Fälle im Jahresmittel 100 pro Vollzeit arbeitenden MitarbeitendeN nicht mehr überschreitet.

POS 2006/001036 2006/000395	20.09.2006 08.11.2006	Meuli Myrtha und Widler Josef Ferienangebote in der Stadt Zürich, Ausweitung
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Ferienangebote in der Stadt Zürich auf mehrtägige bis mehrwöchige Angebote ausgeweitet werden und einer weiteren Gruppe von Kindern und Jugendlichen eine sinnvolle und günstige Feriengestaltung ermöglicht wird.

POS 2006/001294 2006/000516	22.11.2006 29.11.2006	Mauch Corine und Glättli Balthasar Zürich-Jobs, Vorlage sämtlicher Angebote an die Tripartite Kommission
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sichergestellt werden kann,

- dass sämtliche mit Unterstützung der neu zu gründenden Stiftung Zürich-Jobs zu realisierenden oder substantiell zu erweiternden Projekte und Arbeitsangebote zur Arbeitsintegration vorgängig der Tripartiten Kommission vorgelegt werden,
- dem Gemeinderat jährlich Bericht erstattet wird über die Entwicklung und die Aktivitäten der Stiftung (Unterstützungsaktivitäten zur Förderung der Arbeitsintegration, gesprochene Beiträge und Sicherheiten, finanzielle Zuwendungen, finanzielle Situation, erreichte Ziele, Organisation der Stiftung usw.) und
- jegliche künftige Erhöhung der städtischen Beteiligung dem Gemeinderat entweder mit einer Weisung oder im Rahmen des Voranschlags oder der Zusatzkredite zur Kenntnis und Genehmigung unterbreitet wird.

POS 2006/001301 2006/000523	22.11.2006 06.12.2006	FDP-Fraktion Schulsozialarbeit, Bericht
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten in einem Bericht zu prüfen, wie wirkungsvoll heute die Schulsozialarbeit in den verschiedenen Schulkreisen eingesetzt wird. Die bisherige Arbeit soll im Bericht gewürdigt werden. Ebenfalls ist in einem Ausblick darzustellen ob und in welchem Masse eine Stellenvermehrung präventiv gegen Jugendgewalt und Kriminalität wirken kann.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2007/000399 2007/000183	11.04.2007 30.05.2007	Wyler Rebekka und Pauli Pascal Kinderbetreuung, Ausbau niederschwelliger Angebote

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die niederschwelligen Angebote mit kurzfristigen Betreuungsmöglichkeiten ausgebaut werden können. Die Angebote sind im Sinne einer Spiel- und Gemeinschaftspädagogik auszugestalten und haben einen Beitrag im Integrationsbereich zu leisten. Dabei ist die Verknüpfung mit den Kindertagesstätten, Eltern- und Kinderzentren sowie der vom Sozialdepartement geplanten oder bereits vorhandenen «lebensraumnahen Anlaufstellen» sicherzustellen.

POS 2007/000400 2007/000184	11.04.2007 30.05.2007	Savarioud Marcel und Widler Josef Kinderbetreuung, Schaffung zusätzlicher Krippenplätze
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie zusätzlich in mit Krippen unterversorgten Quartieren neue, vor allem neue private subventionierte Plätze geschaffen werden können. Es sollen Anreize dafür gesetzt werden, dass vermehrt subventionierte Plätze angeboten werden.

POS 2007/001257 2007/000629	29.11.2007 14.12.2007	Spieler Frauenfelder Marianne Oberstufe der Volksschule, Anschlussangebote
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ein wirksames «Schul-Anschluss-Coaching» eingerichtet werden kann. Dazu sind namentlich die folgenden Massnahmen zu berücksichtigen:

- 1. In den Oberstufen-Schulhäusern ergänzend der Schulsozialarbeit zusätzliche Stellenprozente für ein «Schul-Anschluss-Coaching» eingesetzt. Am Ende der Schulpflicht erstattet diese Stelle der Kreisschulpflege und dem Team Coaching 16:25 der Sozialen Dienste für jede Schülerin und jeden Schüler Bericht über die gesicherte Nachfolgelösung. Das «Schul-Anschluss-Coaching» ist analog der Schulsozialarbeit einem Departement anzugliedern.*
- 2. Bei den Brückenangeboten muss ebenfalls ein «Schul-Anschluss-Coaching» eingerichtet werden. Beim Ausschluss resp. Abbruch des Brückenangebotes erstattet diese Stelle Bericht an die Kreisschulpflege und an das Team Coaching 16:25.*
- 3. Ein Ausschluss oder Abbruch der Lehrstelle muss durch das Amt für Berufsbildung ebenfalls an Team Coaching 16:25 gemeldet werden.*

POS 2007/001284 2007/000639	06.12.2007 14.12.2007	Angst Walter und Virchaux Jean-Claude Schulsozialarbeit, Erhöhung der finanziellen Mittel
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat raschmöglichst eine Weisung zur Erhöhung der für die Schulsozialarbeit zur Verfügung stehenden Mittel zu unterbreiten.

II. Abschreibungsanträge für Motionen und Postulate

Motionen und Postulate, für die der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag auf Abschreibung stellt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
MOT 2001/000625 2001/000164	21.03.2001 22.05.2002	Fraktion Sozialdemokratische Partei Kinderbetreuungsplätze, Schaffung zusätzlicher Angebote

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung zu unterbreiten, damit 800 zusätzliche familienergänzende Betreuungsplätze für Kinder im Vorschulalter geschaffen werden können. Damit soll der nach wie vor grosse Nachfrageüberhang gedeckt werden.

Die familienergänzende Betreuung im Frühbereich wurde in den letzten Jahren kontinuierlich und stark ausgebaut. Bei der Einreichung der Motion standen 2730 Betreuungsplätze in 119 Kindertagesstätten zur Verfügung. Per 1. Januar 2007 standen 4260 Betreuungsplätze in 170 Kindertagesstätten für gut 6200 Kinder zur Verfügung. Der Souverän hat an der Gemeindeabstimmung vom 5. Juni 2005 die familienergänzende Kinderbetreuung in der Gemeindeordnung verankert und dabei festgelegt, dass künftig die Mittel für die familienergänzende Betreuung jährlich im Rahmen des Voranschlags durch den Gemeinderat festgelegt werden. Der Gemeinderat hat mit Beschluss vom 30. November 2005 zur Weisung 389 vom 21. September 2005 (GR Nr. 2005/374) einer zeitlich befristeten Übergangslösung und einer Erhöhung des Rahmenkredits auf 29 Millionen Franken im Jahr 2006 mit dem Schwerpunkt Zürich Nord zugestimmt. Eine neue Verordnung, welche die Elternbeiträge und die subventionierte Leistung regelt, ist in Bearbeitung und wird voraussichtlich Mitte 2007 durch den Gemeinderat verabschiedet.

Der in der Motion geforderte Ausbau des Angebots um 800 Betreuungsplätze ist bereits erfüllt. Damit kann die Motion abgeschrieben werden.

POS 2004/000614 2004/000164	31.03.2004 09.06.2004	Lauber Gerold und Leiser Albert Sozialdepartement, Aufwandverminderung für das Jahr 2005
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Nettoaufwand für die nicht durch kantonale oder eidgenössische Gesetze gebundenen Ausgaben im Sozialbereich mit dem Voranschlag 2005 gegenüber dem Voranschlag 2004 um 10 Millionen vermindert werden kann. Damit soll mindestens ein Teil der steigenden Kosten bei den gebundenen Ausgaben und der Auswirkungen der Sanierungsmassnahmen 04 des Kantons aufgefangen werden.

Die Kürzungen sollen bei folgenden Produktgruppen vorgenommen werden:

- In erster Priorität
- Führungsunterstützung und Koordination
- Spezialaufgaben
- Soziokulturelle Begegnungsmöglichkeiten und Gemeinwesenentwicklung
- Drogenhilfe
- Ergänzende spezialisierte Beratungsangebote
- In zweiter Priorität
- Wohnen und Obdach
- Soziale Integration

Der Gemeinderat ist zusammen mit dem Voranschlag über die getroffenen Massnahmen zu informieren.

Das Sozialdepartement hat das Nettoergebnis des ursprünglichen Voranschlags 2005 um insgesamt 8,9 Millionen Franken verbessert (Aufwandminderung Soziale Einrichtungen und Betriebe 5,2 Mio. Franken; Mehrerträge Laufbahnenzentrum 0,5 Mio. Franken; Aufwandminderung Soziale Dienste 3,2 Mio. Franken).

Das Postulat bezieht sich auf das abgelaufene Rechnungsjahr 2005, wurde weitgehend erfüllt und kann abgeschrieben werden.

POS 2005/000547 2005/000165	20.04.2005 22.06.2005	Brändle Galliker Anna und Lauber Gerold Suchtprävention, Verstärkung bei besonders gefährdeten Jugendlichen
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat von Zürich wird gebeten zu prüfen, wie die Suchtprävention bei besonders gefährdeten Jugendlichen verstärkt werden kann.

Im Jahresbericht 2006 wurden die bis zu diesem Zeitpunkt ergriffenen Massnahmen mit dem Antrag auf Abschreibung des Postulates aufgelistet. Diese Massnahmen wurden im Jahr 2007 weiter geführt. Das Postulat kann deshalb als erfüllt abgeschrieben werden.

POS 2005/000549 2005/000167	20.04.2005 22.06.2005	Recher Anja und Glättli Balthasar Cannabiskonsum, Reduktion bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Jugendliche und junge Erwachsene unterstützt werden können, die bereit sind, ihren Cannabis-Konsum deutlich zu reduzieren, bzw. zu beenden.

Im Januar 2006 wurde die Poliklinik GAIN von der privaten Trägerschaft ARUD eröffnet, die Beratung und Behandlung für Kokain, Designerdrogen und Cannabis Konsumierende anbietet (siehe www.gain-zh.ch). Dieses Angebot ist seit Anbeginn gut ausgelastet. In Zusammenarbeit mit dieser Institution führt das Sozialdepartement seit September 2006 das Drogeninformationszentrum DIZ, in welchem erstens Informationen und Kurzberatungen durchgeführt, zweitens der Behandlungsbedarf abgeklärt und drittens Behandlungswillige an die Poliklinik GAIN vermittelt werden. Dieses Zusammenarbeit wurde im Jahr 2007 weitergeführt und vertieft. Damit kann das Postulat als erfüllt abgeschrieben werden.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2005/000608 2006/000406	18.05.2005 20.09.2006	Bucher Gregor und Herzig Muriel Kernauftrag für eine aufsuchende Lehrstellenschaffung, Unterbreiten eines Erlasses

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat einen Erlass zu unterbreiten, aufgrund dessen eine Stelle finanziert werden kann, welche «aufsuchende Lehrstellen-Schaffung» als Kernauftrag hat. Diese Stelle soll Verwaltung intern oder z.B. beim Berufslehr-Verbund Zürich (BVZ) angesiedelt werden. Sie soll zudem eng mit den verschiedenen Arbeitgeber-Organisationen (Gewerbeverband z.B.), Greater Zürich Area (Standortmarketing) und anderen ähnlich gelagerten Institutionen die Zusammenarbeit initiieren zwecks Schaffung von Lehrstellen.

Im Laufbahnzentrum sind zwei Personen mit insgesamt 130 Stellenprozenten mit der Lehrstellenförderung betraut. Diese machen genau das, was im Postulat gefordert wird. Darüber hinaus wurde für eine 3-jährige Projektphase eine Stelle geschaffen, die sich um die Förderung von 2-jährigen Grundbildungen (sogenannte Attestlehren) bemüht, besteht doch gerade bei diesen weniger anspruchsvollen Lehren ein erheblicher Lehrstellenmangel. Im Berufslehrverbund Zürich, einer Stiftung, die dem Laufbahnzentrum angegliedert ist, bemüht man sich ebenfalls um Lehrstellenschaffung. Im Projekt JOB PLUS ist die Akquisition von Praktikumsplätzen eine Kernaufgabe. Oft entstehen aus solchen Praktikumsplätzen später Lehrstellen, so dass auch die Akquisition von Berufslehrverbund Zürich und JOB PLUS zur Lehrstellenschaffung beitragen.

Die Forderung des Postulanten und der Postulantin ist somit erfüllt und das Postulat kann abgeschlossen werden.

POS 2005/001428 2005/000485	23.11.2005 16.12.2005	Recher Anja Soziale Dienste, Anstellung von Fachpersonen für Mietverträge
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird ersucht, zu prüfen, verstärkt die Mietverträge der KlientInnen der Sozialhilfe auf mietrechtlich ausgewiesene Reduktionsmöglichkeiten zu überprüfen.

Das geltende Mietrecht kennt keinen Senkungsautomatismus bei den Mietzinsen aufgrund gesunkener Hypothekarzinsen. Hypothekarzinsenkungen führen daher nicht automatisch zu Mietzinsreduktionen. Ein Senkungsanspruch besteht gemäss Gesetz nur dann, wenn aufgrund von Kostensenkungen, d.h. insbesondere Hypothekarzinsreduktionen, mit dem bestehenden Mietzins ein übersetzter Ertrag erzielt wird (Art. 270a OR). Ein Vermieter, der trotz einer Änderung der Berechnungsgrundlagen keinen übersetzten Ertrag erzielt, kann dem Senkungsbegehren eines Mieters folgerichtig die Einrede der Angemessenheit seiner Nettorendite entgegenhalten. Dass in einem solchen Fall der Mietzins nicht gesenkt werden muss, hat das Bundesgericht wiederholt festgestellt.

Das Mietrecht bezeichnet Mietzinse dann als missbräuchlich, wenn damit ein übersetzter Ertrag erzielt wird (Art. 269 OR). In Art. 269a OR werden sechs Ausnahmen aufgezählt, wann Mietzinse nicht missbräuchlich sind. Die Beurteilung, ob ein übersetzter Ertrag bzw. ein Ausnahmetatbestand vorliegt, ist angesichts des grossen, vom Gesetzgeber gewollten Ermessensspielraums rechtlich anspruchsvoll, ressourcenintensiv und mit einem erheblichen Prozessrisiko behaftet. Einem Klienten oder einer Klientin der Sozialhilfe, der oder die gewillt ist, ein Mietzinssenkungsbegehren auf dem Rechtsweg durchzusetzen, müsste daher ein rechtlicher Beistand zur Seite gestellt werden. Darüber hinaus wäre eine hohe Kooperationsbereitschaft des Klienten bzw. der Klientin gefordert, weil sich das Verfahren nicht an das Sozialdepartement delegieren lässt und die klagende Partei im Verfahren vor der Schlichtungsbehörde in Miet- und Pachtsachen persönlich zur Schlichtungsverhandlung zu erscheinen hat (§ 8 der Verordnung über die Paritätischen Schlichtungsbehörden in Miet- und Pachtsachen).

Der Grundsatz, dass Sozialhilfe den bedürftigen Personen zukommen und nicht für übersetzte Mietzinsen aufgewendet werden soll, ist unbestritten. Es ist aber zweifelhaft, ob mit Mietzinssenkungsbegehren viel herauszuholen ist. Der Vermieter wird den Senkungsanspruch aus reduzierten Hypothekarzinsen mit den nicht ausgeschöpften Erhöhungsgründen gemäss der sogenannten relativen Methode verrechnen. Darunter fallen allgemeine Kostensteigerungen, Mehrleistungen infolge wertvermehrender Investitionen oder umfassender Überholungen und 40% der aufgelaufenen Teuerung zur Kaufkraftsicherung des risikotragenden Kapitals (Verordnung über die Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen).

Die Prüfung der Mietverträge von Sozialhilfe Beziehenden ist schon heute Bestandteil des Aufgabengebiets der Sozialarbeitenden. Diese Prüfung umfasst die Einhaltung der mietrechtlichen Bestimmungen und ob die Miete den Richtlinien der Sozialbehörde entspricht. Es bestehen dazu verschiedene interne Checklisten, z.B. für die KlientInnen bei Mietbeginn, während der Mietdauer und bei Beendigung des Mietverhältnisses sowie eine Checkliste zur Prüfung von Forderungen der VermieterInnen aus Garantieerklärung. Im Bereich der Nebenkostenüberprüfung konnten in den vergangenen Jahren mit einzelnen Vermietern Vereinbarungen abgeschlossen werden. Im Weiteren können bei Einzelfällen im Bereich der Mietzinserhöhungen und des Kündigungsschutzes Aufträge an den Rechtsdienst SDS erteilt werden.

Wie gezeigt, werden Mietverträge bereits im Rahmen der Fallführung geprüft. Eine umfassende und systematische Überprüfung der Mietverträge auf mietrechtlich ausgewiesene Reduktionsmöglichkeiten wären hingegen mit unverhältnismässigem Aufwand verbunden und hätte angesichts der materiellen wie prozessualen Schwierigkeiten bei der Durchsetzung kaum die erhoffte Wirkung. Das Postulat ist daher abzuschreiben.